



BEFRAGUNG 2017

Das fordern

680 000

Beschäftigte **von der Politik**

Politik für alle – sicher,
gerecht und selbstbestimmt

Protektionismus Donald Trumps Politik
schadet Wirtschaft und Beschäftigten.

→ Seite 18

Handwerk 4.0 Vernetzte Maschinen,
Werkzeuge und Arbeitsplätze sind längst Alltag.

→ Seite 20

Bezirk

→ Seite 28

>INHALT

- 4 **Familienzeit** Eltern und pflegende Angehörige müssen über Länge und Verteilung ihrer Arbeitszeit mitbestimmen können.
- 6 **1. Mai** Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter demonstrieren am Tag der Arbeit für eine arbeitnehmerfreundliche Politik.
- 7 **Armutsbericht** Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zu ziehen.
- 8 **Kassenbericht** Hauptkassierer Jürgen Kerner erklärt, wie die IG Metall die Beiträge ihrer Mitglieder verwendet.
- 9 **Europa** Hände weg vom Meisterbrief – die IG Metall kritisiert das europäische Dienstleistungspaket.

**Ergebnisse der Befragung 2017:
Das wollen die Beschäftigten**

TITEL 10 680 000 Menschen aus gut 7000 Betrieben waren Fragen nach ihren Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit, an ihre Arbeitszeit und an die Politik so wichtig, dass sie sich dafür eine halbe Stunde Zeit genommen haben. Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall ist die größte und umfangreichste in Deutschland. Die Menschen haben der IG Metall damit einen Handlungsauftrag gegeben.

- 16 **Versicherung** Das Versorgungswerk Metallrente bietet eine Pflegerentenversicherung an.
- 17 **Freikarten** Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern freien Eintritt für die Ligna, der Weltmesse der Holz verarbeitenden Industrie.
- 18 **Protektionismus** Die Politik des US-Präsidenten hat großen Einfluss auf die Beschäftigten, sagt der Wissenschaftler Dullien.
- 20 **Handwerk 4.0** Auch im Handwerk ist die Digitalisierung in vollem Gang.
- 22 **Recht so** Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Geschäftsanweisung zum Umgang mit Sperrzeiten geändert.
- 23 **Rechtsfall** Metaller wehrt sich erfolgreich gegen Versetzung in Leihfirma.
- 24 **Ratgeber** metallzeitung erklärt, auf welche Weise Arbeitszeitgesetz, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen Arbeitszeit regeln.
- 26 **Bildung** Weiterbilden oder studieren neben der Arbeit oder in Vollzeit? Die Bildungsteilzeit der IG Metall macht es möglich.
- 27 **Auslandspraktika** Bildungsexperten empfehlen Praktika im Ausland. Betriebe und auch Berufsschulen bieten sie an.

28 **Aus den Bezirken**

30 **Lokales/Karikatur**

31 **Rätsel/Impressum**

**>REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
19. April 2017**



1. Mai Am Tag der Arbeit demonstrieren Gewerkschaften für eine soziale, tolerante und solidarische Gesellschaft. → Seite 6



Freikarten Für Mitglieder bietet die IG Metall kostenlose E-Tickets für die Ligna, die führende Messe der Holz verarbeitenden Industrie. → Seite 17

>LESERBRIEFE

Mehr Mut tut Frauen gut

metallzeitung 3/2017
»Spielregeln lernen«
Es stimmt, ich habe es selbst erlebt: Um im Beruf Erfolg zu haben, ist es wichtig, die Spielregeln der Männer, die Männergesetze, zu lernen. Gerade in männlich dominierten Berufen, manchmal auch in der IG Metall. Doch warum müssen wir Frauen uns ausschließlich den Spielregeln der Männer anpassen? Wie wäre es damit, eigene Akzente zu setzen? Zum Beispiel statt Konkurrenz Teamfähigkeit und statt blindem Durchboxen Einfühlungsvermögen und Aufeinander-Hören. Das würde die Welt um einiges besser machen.

Monika Bliesener, Aichwald

Mindestlohn nicht so schlecht

metallzeitung 4/2017
»Deutschland (kein) Schlusslicht«
Diese Meldung, wonach Deutschland mit seinem Mindestlohn von 8,84 Euro zu den Schlusslichtern in Europa zählt, hat mich irritiert. Mein Kenntnisstand ist, dass Deutschland in den 22 EU-Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn an sechster Stelle steht und Bulgarien mit 1,42 Euro an letzter Stelle.

Klaus Kowollik, per E-Mail

Anmerkung der Redaktion:
Kollege Kowollik hat Recht. Wir haben versehentlich geschrieben: Deutschland gehört zu den Schlusslichtern in Europa. Gemeint war: in Nordwesteuropa. Denn hier liegen die Mindestlöhne – außer in Großbritannien – überall über 9 Euro, in Luxemburg sogar bei 11,27 Euro. In den südlichen und östlichen EU-Ländern liegen sie allerdings durchweg unter 5 Euro.



Beim Mann auf dem Titel lief das Telefon heiß

Michael Schleich, der freundlich lächelnde Mann auf dem Titel der April-Ausgabe, wurde, kaum war die metallzeitung bei ihren Leserinnen und Lesern, mit Anrufen, E-Mails und Nachrichten auf WhatsApp und Facebook bombardiert. Es meldeten sich Verwandte, Freunde und natürlich Kolleginnen und

Kollegen, vor allem aus Stahlbetrieben. »Die fanden das gut«, sagt er. Einige wollten sogar, dass er sein Autogramm auf dem Titelblatt verewigt. Der 42-Jährige, Sicherheitsfachkraft bei der Dillinger Hütte, hatte in der metallzeitung über sein Ehrenamt bei der Unfallversicherung berichtet.



Foto: Sven Ehlers



Illustration: Martina Hillemann

Handwerk 4.0 Vernetzte Autos und Heizungen: Im Handwerk ist die Digitalisierung in vollem Gang → Seite 20

Arbeitszeit Gesetz, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen? Der Ratgeber erklärt was erlaubt ist und was nicht. → Seite 24

FRAGE & ANTWORT

Wenn Ihr über den erfreulichen Zuwachs der betrieblichen und jüngeren Mitglieder berichtet, warum bleiben dann die nicht mehr berufstätigen Mitglieder unerwähnt?

Johannes Müllner, Hamburg

Gerne holen wir es an dieser Stelle nach, auch die Mitgliederzahlen unserer Seniorinnen und Senioren zu veröffentlichen:

Rund 491 000 Seniorinnen und Senioren sind aktuell Mitglied in der IG Metall. Das heißt, knapp 22 Prozent der IG Metall-Mitglieder sind im Ruhestand. Tendenz steigend. Sie engagieren sich in der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit, beraten Metallerinnen und Metaller, die in den Ruhestand gehen, laden zu Versammlungen ein und unterstützen ihre IG Metall vor Ort beim Rückholmanagement. Viele aktive Seniorinnen und Senioren helfen bei Aktionen zu Tarifrunden und der Erschließung neuer Betriebe. Und das sind nur einige Dinge, die unsere Rentnerinnen und Rentner auf die Beine stellen.

GEWONNEN

Ruhrfestspiele 2017

Je zwei Karten für die Premiere »Das Mädchen mit dem Fingerhut« am 20. Mai 2017 haben gewonnen:
Ute Berisha, Krefeld
Sebastian Strack, Düsseldorf
David Wilkening, Detmold

März-Rätsel

Lösungswort: »Frauentag«

1. Preis: Daniel Nass, Leipzig
2. Preis: Karen Schiemann, Bischofsheim
3. Preis: Claudia Käufel, Neustadt-Schwaig

EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Entschieden dafür: Politik für alle

Klarer Auftrag 681 241 Menschen haben sich an unserer Beschäftigtenbefragung beteiligt. Das zeigt: Sie wollen Themen setzen und Gehör finden. Und sie vertrauen der IG Metall.

Auf die Beschäftigten kommt es an. Das gilt im Betrieb genauso wie in der Politik. Deshalb haben wir die Menschen gefragt, welche Ideen, Vorstellungen und Forderungen sie für die Zukunft haben. Wo hakt es bei ihren Arbeitszeiten? Was brauchen sie, um Arbeit und Leben besser vereinbaren zu können? Und im Bundestagswahljahr 2017 ganz zentral: Was sind ihre Erwartungen an die Politik?

Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Mehr als 680 000 Beschäftigte haben sich eine halbe Stunde Zeit genommen und mitgemacht – darunter fast 40 Prozent Noch-nicht-Mitglieder. Das ist eine große Chance, diese Kolleginnen und Kollegen für uns zu gewinnen, denn es beweist, dass sie der IG Metall etwas zutrauen. Zugleich machen diese überaus beeindruckenden Zahlen deutlich, dass die Politik an diesem Votum nicht vorbeikommt.

Entschieden dafür Die Forderungen der Beschäftigten sind eindeutig. Sie wollen sichere Perspektiven in der digitalen Arbeitswelt. Sie wollen Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Sie wollen eine Stärkung der gesetzlichen Rente und eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge. Und sie wollen mehr Gerechtigkeit durch mehr Tarifverträge. Das Votum der Beschäftigtenbefragung ist unser Auftrag. Wir werden die Ergebnisse nun in den Betrieben, in unseren Gremien und in der Öffentlichkeit diskutieren. Vor allem aber greifen wir die Wünsche der Beschäftigten auf und bringen sie in die politische Debatte ein.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen, dass die Wünsche der Beschäftigten nicht nur gehört, sondern auch umgesetzt werden. Dafür werden wir in den kommenden Monaten mit voller Kraft arbeiten. Und allen Wahlkämpfern im Land muss bewusst sein: Die Stimmen der Beschäftigten werden die Wahl entscheiden.

Ministerin will Eltern in Zeitnot mit einem Familiengeld helfen

Die richtigen Schuhe erwischt, die Unterlagen für die Sitzung in der Tasche verstaut und mit einem Spurt zur Kita: Für junge Eltern beginnt der Tag oft mit olympischem Hürdenlauf und neuen Rekorden, mit Endspurt und Punktlandung. Jede Sekunde ist wertvoll und zwischen Kindern und Beruf bleibt kaum eine Sekunde, um durchzuatmen. Wem da die Puste wegbleibt, tritt an einer Stelle kürzer – Mütter im Beruf, Väter bei ihren Kindern. Zufrieden sind damit oft beide nicht. Viele teilzeitbeschäftigte Frauen würden gern länger arbeiten, viele vollzeitbeschäftigte Männer wünschen sich mehr Zeit mit ihren Kindern.

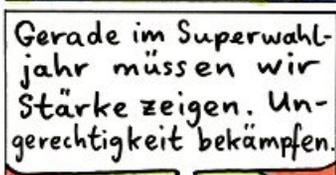
Familienministerin Manuela Schwesig will Eltern das Leben erleichtern und schlägt ein Familiengeld vor. Verringern Eltern ihre Arbeitszeit auf 28 bis 36 Stunden pro Woche, sollen sie für Kinder bis zum 8. Lebensjahr bis zu 2 Jahre lang je 150 Euro pro Monat erhalten. Die Ministerin hält das Familiengeld auch für ein geeignetes Modell, um Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen zu unterstützen.

Überfällig Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, begrüßt den Vorschlag der Ministerin als Schritt in die richtige Richtung. Es sei überfällig, Eltern und Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, eine Zeit lang finanziell zu unterstützen. Schließlich übernehmen sie gesamtgesellschaftliche Aufgaben.

Die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, sieht in der Familienarbeitszeit ein echtes Stück Wahlfreiheit. »Der Vorschlag von Frau Schwesig fördert eine faire, partnerschaftliche Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern«, sagte Benner. Hofmann wies darauf hin, dass Geld allein nicht ausreicht. »Eltern und Menschen mit Pflegeaufgaben müssen einen verbindlichen Anspruch haben, nicht nur über die Länge der Arbeitszeit, sondern auch über deren Lage und Verteilung mitzubestimmen. Das kann nur tariflich geregelt werden – genau das gehen wir an.«

Fabienne.Melzer@igmetall.de





Cartoon: Stephan Rührup

57

Millionen

Mehr Überstunden

2016 haben die Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt 821 Millionen bezahlte Überstunden geleistet, das waren 57 Millionen mehr als 2015. Damit arbeitete im Schnitt jeder knapp 21 Stunden zusätzlich im Jahr. Das zeigen jüngste Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die unbezahlte Mehrarbeit wuchs zwar »nur« um eine Million. Aber es gab immer noch mehr unbezahlte Überstunden als bezahlte: 941 insgesamt. Für den Durchschnittsbeschäftigten hieß das: Er hat 24 Stunden im Jahr unbezahlt gearbeitet.

Arbeitszeit ufert aus

Die IG Metall fordert Schranken gegen ausufernde Arbeitszeiten, um Gefahren für die Gesundheit einzudämmen. Seit 2010 arbeiten wieder mehr als fünf Millionen Beschäftigte Schicht. Und nur rund ein Viertel der Betriebe erfasst Gefährdungen durch Arbeitszeiten, wie vom Gesetz vorgesehen.

Mit der Digitalisierung kommen weitere Belastungen auf die Beschäftigten zu. Die IG Metall fordert, dass die gesetzlichen Höchstgrenzen von 8 Stunden am Tag und 40 Stunden in der Woche erhalten bleiben müssen.

Rausgehen am 1. Mai

»Wir sind viele. Wir sind eins.« lautet das Motto für den 1. Mai.

Am 1. Mai demonstrieren die DGB-Gewerkschaften für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Die IG Metall nutzt die Aktionen und Kundgebungen, um unter anderem für faire Arbeitszeiten und im Vorfeld der Bundestagswahl für eine arbeitnehmerfreundliche Politik einzutreten. Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall reden in verschiedenen Regionen in Deutschland: Jörg Hofmann spricht auf dem Marktplatz in Stuttgart, Christiane Benner auf dem Markt in Leipzig. Am Stadtgarten in Emden redet Jürgen Kerner. Wolfgang Lemb ist auf der Eventfläche am Kultur- und Kongresszentrum in Gera zu hören, Ralf Kutzner auf dem Willy-Brandt-Platz in Bochum. Irene Schulz redet auf dem Rheydter Markt in Mönchengladbach und Hans-Jürgen Urban am Rathausvorplatz in Wolfsburg.



Am Maifeiertag demonstrieren die DGB-Gewerkschaften für mehr soziale Gerechtigkeit.

igmetall.de/erster-mai

53%

Qualifizierte bilden sich

53 Prozent aller Betriebe unterstützen ihre Beschäftigten bei ihrer Weiterbildung. Das zeigen Zahlen des IAB. Aber es bilden sich vor allem Beschäftigte weiter, die schon qualifiziert sind. 44 Prozent haben eine Arbeit, die einen Berufs- oder Hochschulabschluss erfordert, nur 20 Prozent üben einfache Tätigkeiten aus.

Mindestlohn wirkt

Die Löhne ungelerner Arbeiter sind 2016 in der Gesamtwirtschaft um 3,1 Prozent gestiegen – deutlich stärker als die Durchschnittsentgelte (2,3 Prozent). Geringfügig Beschäftigte bekamen 3,6 Prozent mehr. IAB-Experten führen das vor allem auf den gesetzlichen Mindestlohn zurück.

3,1%

3 Fragen an Thomas Gabel

Kfz-Handwerk Die Tarifrunde läuft. Wir sprachen mit Thomas Gabel, Mitglied der IG Metall-Tarifkommission in Hessen.

Was fordern die Beschäftigten in den Autohäusern und Werkstätten?

Thomas Gabel: Wir fordern fünf Prozent mehr Geld. Wenn es nach großen Niederlassungen wie uns ginge, hätte es auch etwas mehr sein können. Wir bei Volkswagen Original Teile Logistik hatten 2016 das beste Jahr unserer Geschichte. Im Schnitt haben wir im Kfz-Handwerk Umsatzsteigerungen von über fünf Prozent. Aber es gibt eben auch viele Kleinere, bei denen es nicht ganz so gut läuft. Zudem sind zu wenig Betriebe an Tarifverträge gebunden.

Zu wenig Tarifbindung, woran liegt das?

Gabel: Wir haben zu wenig IG Metall-Mitglieder im Kfz-Handwerk. Zudem herrscht auf der Gegenseite bei den Arbeitgebern kompletter Wildwuchs. Außer bei uns in Hessen gibt es kaum noch Tarifgebiete, in denen die Innungen noch mit uns über Tarife verhandeln, obwohl das eigentlich ihre Aufgabe ist.

Was muss geschehen, damit es im Kfz-Handwerk wieder mehr Tarif gibt?

Gabel: Wir brauchen mehr IG Metall-Mitglieder. Dazu müssen wir auch die kleineren Betriebe organisieren. Zudem müssen wir diskutieren, wie wir zeigen, dass es sich lohnt, in der IG Metall zu sein. Etwa indem wir Forderungen erheben und durchsetzen, die in erster Linie unseren Mitgliedern nutzen. Einen guten Ansatz finde ich auch die Kampagne »Autohaus fair« der IG Metall Küste, bei der tarifgebundene Betriebe ausgezeichnet werden.

Foto: Frank Rumpenhorst



Thomas Gabel ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von VW OTLG.

Zuwachs für Gutverdiener, Verluste für Kleinverdiener

Die obersten sechs Zehntel der Beschäftigten hatten zwischen 1995 und 2015 einen realen* Anstieg ihres Bruttostundenlohns, die unteren vier Zehntel der Beschäftigten hatten dagegen real* sogar weniger.



* real: nach Abzug der Inflation | Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Gespaltene Gesellschaft

IG Metall fordert, Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zu ziehen.

»Reichtum kommt von Fleiß und Leistung«, sagte der verstorbene CSU-Politiker Franz Josef Strauß. Eine bei Vermögenden beliebte These. Legt sie doch nahe, dass es bei der Verteilung des Reichtums gerecht zugeht. Aber leider hat sie wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Das zeigen Zahlen aus dem 5. Armuts- und Reichtumsbericht von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, mit dem sich die Ministerien zurzeit befassen. Danach beruht Reichtum meist nicht auf eigener Leistung.

Schon 2016 haben Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nachgewiesen: Zwei Drittel aller Millionäre verdanken ihren Reichtum maßgeblich hohen Erbschaften und Schenkungen. Das private Vermögen – insgesamt schätzungsweise rund 13 Billionen Euro – konzentriert sich auf nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung. Nur drei Prozent hatten laut DIW 2014 Vermögen von mehr als einer halben Million Euro. Eine weitere Erkenntnis aus dem Armuts- und Reichtumsbericht: Die Ungleichheit verfestigt sich: Wer reich ist, wird noch reicher, wer arm ist, bleibt es. Die Kluft wächst.

Ähnliches gilt aber auch für die Erwerbseinkommen. Wer gut verdient, freut sich über Lohnerhöhungen, wer wenig verdient hat, leidet unter schrumpfendem Einkommen (siehe Grafik). Beim obersten Zehntel stieg das durchschnittliche Bruttostundenentgelt zwischen 1995 und 2015 real, also nach Abzug der Inflation, von 28,16 auf 30,50 Euro, beim untersten Zehntel sank es von 5,90 auf 5,51 Euro. Ein großer Teil der Fachkräfte in tarifgebundenen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie hat ein ordentliches Plus erzielt. Aber 40 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer wurden von der Einkommensentwicklung abgehängt.

Der Wissenschaftler Markus Grabka vom DIW sieht die Hauptgründe dafür in der Zunahme von Niedriglöhnen, geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und von Jobs im Dienstleistungssektor, in denen das Lohnniveau niedriger ist als in der Industrie.

Zusammenhalt Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt: Obwohl immer mehr Menschen erwerbstätig sind, steigt das Armutsrisiko in der Bevölkerung. Viele sind trotz Arbeit arm und immer noch sind eine Million langzeiterwerbslos. Darunter haben vor allem Kinder zu leiden: Zwei Millionen von ihnen gelten als armutsgefährdet.

Unter der wachsenden Ungleichheit leidet der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die IG Metall hält es für dringend erforderlich, politische Konsequenzen aus dem Bericht zu ziehen. Vom wirtschaftlichen Wachstum müssen alle profitieren, auch die 40 Prozent, die hart arbeiten und deren Löhne trotzdem nicht steigen. Dringende Maßnahmen gegen Armut und Ungleichheit sind: die Tarifbindung zu stärken und den Missbrauch von Leiharbeit zu bekämpfen. Arbeitslose brauchen Perspektiven: vor allem bessere Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung. Menschen im Alter müssen besser abgesichert werden. Gesellschaftliche Aufgaben müssen gerechter finanziert und dafür Kapitaleinkünfte angemessen besteuert werden.

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Geld für die Arbeit vor Ort

IG Metall-Kasse Der Hauptkassierer der IG Metall Jürgen Kerner hat den Kas- senbericht für 2016 vorgelegt. Er zeigt: Die IG Metall ist finanziell solide aufgestellt. Im Interview erläutert Ker- ner, wie die IG Metall die Beiträge ihrer Mitglieder verwendet.

Interview: Sylvia Koppelberg

Du hast dem IG Metall-Vorstand vor Kurzem über unsere Einnahmen und Ausgaben 2016 berichtet. Dabei ist uns etwas aufgefallen.

Jürgen Kerner: Nämlich?

Dass den Geschäftsstellen mehr Geld zur Ver- fügung gestellt wird als in früheren Jahren.

Kerner: Ja, das ist auch gewollt. Wir wollen die Arbeit vor Ort stärken.

Und dieses Jahr?

Kerner: ... werden sie weitere 12,1 Millionen Euro zusätzlich bekommen. Dabei verteilen wir das Geld nicht mit der Gießkanne, sondern nach Bedarf. Wir fördern gezielt Geschäftsstellen in ländlichen Gebieten, mit schwacher Wirt- schaftsstruktur und geringen Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, die nur mit dauerhafter fi- nanzieller Unterstützung ihre gute gewerk- schaftliche Arbeit fortsetzen können. Zum Bei- spiel in Ostbrandenburg oder Oranienburg. Im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen ziehen wir uns nicht aus strukturschwachen Ge- bieten zurück, mit dem traurigen Ergebnis, dass Rechtsextreme in diese Lücke stoßen können,

sondern engagieren uns da, wo der Einsatz für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen be- sondern wichtig ist.

Der zweitgrößte Ausgabenposten ist die Vor- standsverwaltung.

Kerner: Stimmt, aber das Geld geben wir sinn- voll, im Interesse unserer Mitglieder, aus. Mit diesen knapp 112 Millionen Euro finanzieren wir Dienstleistungen, die der Vorstand zentral für sie erbringt. Dazu gehört bundesweites Aktions- und Kampagnenmaterial, Angebote und Hilfe- stellungen für Vertrauensleute, Betriebs- und Aufsichtsräte und für bestimmte Gruppen, wie Frauen, Angestellte, junge Menschen, Migrantin- nen und Migranten. Unsere Bildungsexpertin- nen und -experten sorgen mit dafür, dass die Aus- und Weiterbildung stetig verbessert wird und auf dem aktuellen Stand ist. Und unsere Fachleute im sozialpolitischen Bereich engagie- ren sich in der Rentenpolitik und im Gesund- heitsschutz.

Außerdem gehört zu den zentralen Dienst- leistungen unsere Arbeit in politischen und wirt- schaftlichen Gremien für den Erhalt und die Zu-

Wofür die Beiträge unserer Mitglieder verwendet werden

So verteilen sich die rund 548 Millionen Euro Beitragseinnahmen 2016 (in Millionen Euro)





Foto: indigotos/PantherMedia

kunft unserer Wirtschaftsstandorte und Arbeitsplätze. Um nur einige Beispiele zu nennen.

27,7 Millionen Euro gab die IG Metall 2016 für Rechtsschutz aus, weitere 21,4 Millionen für direkte Unterstützungsleistungen für Mitglieder. Was zählt dazu?

Kerner: Zum Beispiel Streikgelder und Hilfen in außerordentlichen Notfällen. Mit knapp 300 000 Euro haben wir Flutopfer unterstützt und Angehörige von vier IG Metall-Mitgliedern, die Opfer der Anschläge in Berlin oder München wurden.

Wo setzt die IG Metall dieses Jahr besondere Akzente?

Kerner: Unsere großen Projekte sind die Arbeitszeitdebatte, die Vorbereitung der Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie, die Beschäftigtenbefragung und die Bundestagswahl. Gestützt auf die Beschäftigtenbefragung werden wir unsere politischen Forderungen an die künftige Bundesregierung formulieren. Und wir haben ein ganz großes Thema, das uns permanent beschäftigt: Wir wollen neue Mitglieder gewinnen. Denn wir sind nur dann stark und durchsetzungsfähig, wenn wir viele und engagierte Mitglieder im Rücken haben. Solidarität ist der Grundpfeiler der IG Metall!

Mehr Mitglieder bedeuten auch mehr Beitragseinnahmen. Wie ist die Mitgliederentwicklung denn im Moment?

Kerner: Wir sind die einzige Großorganisation, die keine Mitglieder verliert. Im Gegenteil: Wir haben sie sechs Jahre in Folge erhöht oder zumindest stabil gehalten. Aber die Herausforderung wird immer größer. Die Zahl der älteren Mitglieder wächst. In der Produktion sinkt die Zahl der Beschäftigten, während sie in den Büros zunimmt. Auch in der IG Metall sind immer mehr Mitglieder Angestellte, zum Beispiel Ingenieure oder Beschäftigte im Vertrieb. Aber wenn wir auf Dauer stabil bleiben wollen, müssen wir uns noch stärker bemühen, Junge und Beschäftigte in allen betrieblichen Bereichen zu gewinnen.

Bist du eigentlich sauer auf Mario Draghi, den Chef der Europäischen Zentralbank?

Kerner: Nicht übermäßig. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank tut uns als Anlegern des IG Metall-Vermögens natürlich nicht gut, aber wir erwirtschaften deswegen kein Minus. Im Übrigen jagen wir nicht den Superrenditen hinterher, die ja auch immer mit den höchsten Risiken behaftet sind. Wir legen das Vermögen unserer Mitglieder solide und sicher an. Darauf können sie sich verlassen.

Die IG Metall befürchtet, dass das Europäische Dienstleistungspaket deutschen Handwerkern schadet.

IG Metall: Hände weg vom Meisterbrief

IG Metall kritisiert das europäische Dienstleistungspaket

Es klingt verlockend: Die Europäische Kommission will Handwerkern erleichtern, ihre Dienstleistungen anzubieten. Grundlage dafür ist die sogenannte elektronische Dienstleistungskarte. Sie soll von einer Behörde des Herkunftslands ausgestellt werden. Kurz: Ein rumänischer Elektriker beantragt die Karte in Rumänien. Eine neue Behörde in Deutschland muss überprüfen, ob die Angaben stimmen und ob er wirklich die Qualifikation als Elektriker besitzt, falls er hier arbeiten will. Kann die Behörde nicht innerhalb von vier Wochen das Gegenteil beweisen, gilt die Karte unbegrenzt.

Praxisfremd Die geplante Karte ist Teil des europäischen Dienstleistungspakets und öffnet nach Meinung der IG Metall Betrug Tür und Tor. Sie wäre ein Rückschlag im Kampf gegen Scheinselbstständigkeit und illegale Beschäftigung. Auf Baustellen würden sie nicht nur für Unmut sorgen, sondern die geplanten Regelungen seien zudem

auch praxisfremd. Das Dienstleistungspaket soll bis Sommer unter Dach und Fach sein. Darunter sind mehrere Richtlinien zusammengefasst, neben dem Vorschlag zur Dienstleistungskarte gibt es auch Vorschläge zur Berufsreglementierung, die unter anderem für den Bereich der meisterpflichtigen Handwerke gelten sollen.

Die Kommission behauptet zwar, dass der Meisterbrief nicht angetastet würde. Das aber sei ein Täuschungsmanöver, kritisiert das zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Ralf Kutzner. Nach Meinung der IG Metall sind die vorgelegten Entwürfe ordnungspolitisch kontraproduktiv und nicht geeignet, einen fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu gewährleisten. »Um eine grenzüberschreitende Mobilität attraktiver zu machen, müssen vorrangig gleiche soziale Mindeststandards sowie individuelle und kollektive Rechte für Arbeitnehmer europaweit weiterentwickelt werden«, fordert Kutzner.

Bundesweiter Tarif für Kontraktlogistik geplatzt

Die Verhandlungen über bundesweite Tarifverträge für die Kontraktlogistik sind gescheitert. Vor allem beim Lohn wollten Logistikarbeitsgeber und Gesamtmetall der IG Metall keine Zugeständnisse machen.

In den letzten Jahren hat die Industrie immer mehr Arbeit an Kontraktlogistikern ausgegliedert, zu deutlich niedrigeren Löhnen. Das zeigt ein aktueller Bericht des Süd-

westrundfunks über einen Leiharbeiter eines Kontraktlogistik-Dienstleisters von Daimler. Jahrelang musste er seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken. Der Fall macht deutlich: Die Kontraktlogistik braucht gute tarifliche Regeln. Nach dem Scheitern der bundesweiten Verhandlungen setzt die IG Metall nun weiter Tarife bei einzelnen Kontraktlogistikern durch. ☺ fokus-werkvertraege.de

91%

finden gleiche Berufsperspektiven und
Einkommen für Frauen und Männer sehr wichtig
oder wichtig.

95

finden, dass Arbeitgeber einen ge
versicherung leisten sollten.

96%

Das **wollen**
die Beschäftigten



%

rechten Beitrag zur Kranken-

92%

finden ein Verbot von Tarifflicht durch
Auslagerungen wichtig.

**sind für das Recht auf
Abschalten und sagen:
Arbeitszeit braucht auch
in Zukunft Grenzen.**

93%

sind Sicherheit und berufliche Perspektiven
in der Industrie 4.0 sehr wichtig oder wichtig.

85%

sind für einen Anstieg des Renten-
niveaus, auch wenn dadurch die
Beiträge steigen würden.

Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung Die Zahl übertraf alle Erwartungen: 680 000 Menschen aus gut 7000 Betrieben waren Fragen nach ihren Ansprüchen an soziale Gerechtigkeit, an ihre Arbeitszeit und an die Politik im Land so wichtig, dass sie sich dafür eine halbe Stunde Zeit genommen haben. Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall ist die größte und umfangreichste in Deutschland. Die Menschen haben der IG Metall damit einen Handlungsauftrag gegeben, sich für Arbeits- und Lebensbedingungen einzusetzen, die sicher, gerecht und selbstbestimmt sind. Diesen Auftrag will die IG Metall mit ihrer Arbeit im Betrieb, in der Tarifpolitik und mit ihren Forderungen an die Politik nun umsetzen. Wir stellen in dieser Ausgabe die Ergebnisse zu den politischen Fragen vor und werfen einen Blick in den Maschinenraum der Befragung. **von Fabienne Melzer**

►► Mehr auf Seite 12

►► Fortsetzung von Seite 11

Das **wollen** die Beschäftigten

Die Menschen wollen eine Politik, die ihnen die Sicherheit gibt, in einer sich wandelnden Arbeitswelt mithalten zu können. Sie wollen eine Politik, die ihnen Entwicklungschancen bietet und sie in Zeiten unterstützt, in denen sie sich um Schwächere kümmern. Sie wollen ein sicheres, gerechtes und selbstbestimmtes Leben führen – am Arbeitsplatz und zu Hause. Diese Erwartung spricht aus den Antworten auf die Fragen zu Sozial-, Bildungs- und Arbeitspolitik, die die IG Metall in ihrer Beschäftigtenbefragung stellte.

Arbeit von morgen

Die Technik macht einen Riesensprung ins digitale Zeitalter. Viele Menschen sorgen sich, ob sie diesen Sprung schaffen. Sicherheit und berufliche Perspektiven in der Industrie 4.0 sind 93 Prozent der Beschäftigten wichtig oder sehr wichtig. Sie wissen, dass Qualifikationen und Abschlüsse dabei eine große Rolle spielen. Auch deshalb sagen 93 Prozent der Befragten, dass Bildungschancen nicht von der Herkunft abhängen dürfen. Die Politik muss solche Ängste ernst nehmen und mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, zum Beispiel durch ein Recht auf betriebliche Fortbildung und ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Weiterbildung.

Bildung sichert Beschäftigten den Anschluss, wenn sich ihre Arbeit verändert. Sie wollen aber auch Sicherheit. Daher fordern 89 Prozent der Befragten – wie die IG Metall – grundlos befristete Arbeitsverträge abzuschaffen. Ihnen ist wichtig, dass Arbeit die Existenz sichert und Arbeitslosigkeit nicht ins soziale Abseits führt.

Alles zu seiner Zeit

Mobile Rechner und Telefone erleichtern es vielen Menschen, Arbeit und Leben zu vereinbaren. Aber sie machen es auch schwerer, Grenzen zu ziehen. Deshalb will die große Mehrheit der Beschäftigten ein starkes Arbeitszeitgesetz. 96 Prozent der Befragten wollen das Recht haben, einfach mal abzuschalten. Sie wollen Arbeit und Privatleben vereinbaren können und fordern dafür die Unterstützung der Arbeitgeber. 84 Prozent sagen daher: Wer aufgrund von Pflege, Erziehung oder Bildung kürzertritt, muss finanziell unterstützt werden. Das spricht für einen Entgeltausgleich bei solchen Auszeiten, wie

ihn die IG Metall fordert. Beschäftigte wollen außerdem, dass niemand durch eine Familienphase beruflich in einer Sackgasse landet. 90 Prozent fordern ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. Damit unterstreichen sie nachdrücklich die Forderung der IG Metall an die Politik, das Rückkehrrecht in Vollzeit, das im gültigen Koalitionsvertrag vereinbart wurde, zu realisieren.

Mehr Tarifverträge

Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen sowie gleiche Chancen für Frauen und Männer sind den Beschäftigten wichtig. Sie wissen, dass Tarifverträge mehr Gerechtigkeit schaffen, und erwarten vom Gesetzgeber mit großer Mehrheit (92 Prozent), Tarifflicht bei Auslagerungen zu verhindern. Tarifverträge können nur dort Gerechtigkeit schaffen, wo sie gelten. Die Aufforderung an die Politik lautet daher: Tarifverträge besser zu schützen und zu stärken.

Sicherheit bei Krankheit und im Alter

Die Starken helfen den Schwachen – das solidarische Prinzip der Sozialversicherung wird seit Jahrzehnten aufgeweicht. In der Krankenversicherung zahlen Beschäftigte und Rentner einen Extrabeitrag, während der Arbeitgeberbeitrag inzwischen eingefroren ist. Kostensteigerungen müssen allein die Arbeitnehmer zahlen. Die Mehrheit der Beschäftigten (95 Prozent) will das nicht und fordert, dass Arbeitgeber wieder genauso viel wie die Beschäftigten an die Krankenkassen zahlen.

Beschäftigung muss die Existenz dauerhaft sichern, finden

89 %

Sorgen bereitet vielen Menschen auch die Aussicht auf ihr Leben im Alter. Sie fürchten, dass ihre Rente nicht reichen wird. Deshalb fordert die Mehrheit, das Rentenniveau wieder anzuheben und nicht das Rentenalter. Besonders bemerkenswert: Für eine sichere Rente sind 85 Prozent der Befragten bereit, höhere Beiträge in die Rentenkasse zu zahlen. Diese Wende in der Rentenpolitik fordert auch die Mehrheit der Jüngeren. Die Politik muss daher weiter daran arbeiten, das Rentenniveau zu stabilisieren und zu erhöhen.

Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall hat auch nach den Anforderungen an die Arbeitszeit gefragt. Über diese Ergebnisse werden wir in der Juni-Ausgabe der metallzeitung berichten. Alle Ergebnisse und Analysen zu den politischen Fragen der Beschäftigtenbefragung findet Ihr hier:

igmetall.de/wahl2017

Für ein gesetzlich garantiertes Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit sind über

90 %



Foto: Steffen Jänicke

Wichtig ist Sicherheit

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, zur Bedeutung der Beschäftigtenbefragung, überraschenden Ergebnissen und Konsequenzen für die Arbeit der IG Metall.

Rund 680 000 Menschen haben auf die Fragen der IG Metall geantwortet. Was bedeutet ein solches Stimmungsbild für die IG Metall?

Jörg Hofmann: Es zeigt uns, was die Beschäftigten wollen. Mit diesen Ergebnissen können wir unsere Forderungen im Betrieb und in der Politik schärfen. Wenn die Arbeitgeber behaupten, dass ein Arbeitszeitgesetz mit Höchstgrenzen und festen Ruhephasen nicht mehr zeitgemäß ist, kann ich nur sagen: Das sehen 96 Prozent der Beschäftigten anders. Ihnen ist das Recht auf Abschalten sehr wichtig.

Die große Beteiligung zeigt auch, dass die Beschäftigten uns als politisches Gewicht anerkennen. Wer kann von sich schon sagen, dass sich mehr als eine halbe Million Menschen eine halbe Stunde Zeit nehmen, um auf seine Fragen zu antworten. Diese Bereitschaft ging weit über unseren Mitgliederkreis hinaus. Jeder dritte Fragebogen kam von einem Nichtmitglied.

Gibt es Ergebnisse, die Dich überrascht haben?

Hofmann: Am meisten überrascht hat mich, für wie viele Beschäftigte Sicherheit in der digitalen

Arbeitswelt heute schon ein wichtiges Thema ist. Eine sichere Rente und Gerechtigkeit in der Finanzierung der Krankenversicherung sind ihnen immer noch sehr wichtig. Die Erwartung, in der vierten industriellen Revolution eine berufliche Perspektive zu haben und nicht unter die Räder zu kommen, spielte bei der letzten Befragung 2013 keine Rolle und hat sich nun weit nach vorn geschoben.

Hat sich noch mehr verschoben?

Hofmann: Es gibt keinen nennenswerten Unterschied mehr zwischen Frauen und Männern bei dem Wunsch, Privatleben und Beruf besser vereinbaren zu können. Arbeitszeiten zu reduzieren und sich das auch finanziell leisten zu können oder mehr Kinderbetreuungsangebote sind beiden, Männern und Frauen, gleich wichtig. Es ist inzwischen gesellschaftlicher Konsens, dass Vereinbarkeit kein Frauenthema ist.

Was stimmt Dich nachdenklich?

Hofmann: Jüngere Menschen schätzen solidarische Regelungen wie etwa eine Steuerpolitik, die umverteilt, weniger als ältere. Beschäftigten mit

höheren Einkommen sind sie weniger wichtig als jenen mit einem geringen Einkommen. Individuelle Ansprüche wie das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit oder berufliche Fortbildung sind aber allen wichtig, unabhängig von Alter und Einkommen. Unsere Aufgabe ist es, den Wert solidarischer Lösungen wieder allen deutlich zu machen.

Was geschieht jetzt mit den Ergebnissen?

Hofmann: Im Internet kann sie jeder abrufen. Wir nutzen sie für unsere Arbeit im Betrieb, in der Tarifpolitik und für unsere Forderungen an die Politik. Die Ergebnisse sind eine riesige Bestätigung unserer Forderungen, die wir im vergangenen Jahr auf unserem Sozialstaatskongress entwickelt haben. Gerecht, sicher und selbstbestimmt müssen Arbeits- und Lebensbedingungen sein. Das sagen wir nicht einfach als IG Metall, das fordern die 680 000 Beschäftigten, die uns geantwortet haben. Ich möchte mich bei ihnen bedanken, dass sie sich die Zeit dafür genommen haben, und verspreche, dass wir die Antworten als klaren Handlungsauftrag für die IG Metall verstehen.

Von den **Antworten** zu den **Ergebnissen**

Tausende Antworten

Lange überzeugen mussten die Vertrauensleute und Betriebsräte bei BMW in München niemanden, den Fragenbogen der IG Metall auszufüllen. Ihre Meinung – vor allem zur Arbeitszeit – wollten fast alle loswerden. Und immer wieder hörte Alexander Farrenkopf, Leiter der Vertrauensleute, dieselben Fragen: »Wie kann ich verhindern, dass meine Arbeitszeiten immer länger werden? Oder warum kann ich mir die Zeit für meine Arbeit nicht so einteilen, dass mein Privatleben nicht ständig zu kurz kommt?«



Bei der Kommunikationsagentur Mediakom im bayrischen Örtchen Aschau stapeln sich die Antwortbriefe.

Die Fragebögen werden per Hand sortiert und eingescannt. Die Daten von 10 000 Fragebögen wurden so pro Tag erfasst.



Fotos: Mediakom

Bei BMW in München befragten Vertrauensleute und Betriebsräte die Kolleginnen und Kollegen nicht nur an ihren Arbeitsplätzen. Sie stellten sich auch mit Infowänden und einem Schalter zur Mittagszeit vor der Kantine oder zu Arbeitsbeginn an zentralen Knotenpunkten auf, an denen viele der über 38 000 Mitarbeiter auf ihrem Weg zum Arbeitsplatz vorbeikommen. Farrenkopf und seine Kollegen verteilten Fragebögen und diskutierten mit Kolleginnen und Kollegen über Arbeitszeit, Rente oder auch nur darüber, wie das Essen in der Kantine geschmeckt hat. »Wir haben es genutzt, um mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die gerade kein bestimmtes Anliegen an den Betriebsrat haben«, sagt Farrenkopf. »Uns sind aber bei dieser Gelegenheit auch einige über den Weg gelaufen, mit denen wir schon lange mal wieder sprechen wollten.«

Gut 7000 Beschäftigte nahmen an der Befragung teil. Farrenkopf freut vor allem, dass sie mit der Aktion viele Entwickler, Ingenieure, kaufmännische Beschäftigte und Führungskräfte erreicht haben. »Bei diesen Kolleginnen und Kollegen kam es besonders gut an, dass die IG Metall sich für ihre Meinung interessiert«, sagt Farrenkopf. »Viele Führungskräfte haben einen Fragebogen mitgenommen.« Wenn ein Kollege zögerte, scherzte der Leiter der Vertrauensleute schon mal: »Dein Chef hat auch schon einen mitgenommen.«

So kommen die Daten in den Rechner

In dem kleinen bayrischen Örtchen Aschau kommen seit Ende Februar Berge von Briefen und Paketen an. Hier sitzt die Kommunikationsagentur Mediakom, die die ausgefüllten Fragebögen erfasst. In den Gängen stapeln sich gelbe Postkisten und auf den Schreibtischen auseinandergefaltete Fragebögen. Auch im Zeitalter von Datenbrillen und künstlicher Intelligenz wird noch viel mit der Hand gemacht. Die Fragebögen müssen nach Lang- und Kurzfassung sortiert und einzeln oder in kleinen Päckchen auf den Scanner gelegt werden. Die Antworten von 10 000 Fragebögen kommen so täglich vom Papier in den digitalen Datensatz.

Der Scanner erkennt, wo sich ein Kreuz befindet, und erfasst an dieser Stelle eine Eins, alle nicht angekreuzten

Foto: Steffen Jänicke



**Kritischer Blick auf die
Zahlenkolonnen
im Berliner Büro der
IG Metall**

Kästchen werden mit einer Null erfasst. Nur selten müssen die Beschäftigten der Agentur einen Fragebogen komplett per Hand eingeben, etwa wenn sie mit Rot ausgefüllt wurden. Das erkennt der Scanner nicht. Mitte April sind mehr als 680 000 Fragebögen erfasst. Die riesige Datensammlung ist gut 200 Megabyte groß und verstopft jeden normalen Datenweg. Um sie vom Server der Kommunikationsagentur auf den Server der IG Metall zu bekommen, wird der gesamte Datensatz in kleinere Pakete aufgeteilt und auf den Weg zur nächsten Station geschickt: zur Auswertung nach Berlin.

Ein Datensatz ist noch kein Ergebnis

In Berlin sitzt Ralf Rukwid vor seinem Rechner und geht endlose Tabellen und Zahlenreihen durch. Er arbeitet in der Grundsatzabteilung der IG Metall und ist zurzeit die zentrale Datenschaltstelle. Alle Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung laufen bei ihm zusammen und von ihm zu den einzelnen Auswertungsteams, die die Daten zu den politischen Fragen und zur Arbeitszeit analysieren.

Grundsatzabteilung und Berliner Büro verteilen sich im IG Metall-Haus an der Alten Jakobstraße über zwei Gänge auf der dritten Etage. In allen Büros und Besprechungsräumen liegen Tabellen, Zahlenreihen und Textentwürfe auf den Tischen, blicken Menschen auf ihre Bildschirme, tippen im immer gleichen Rhythmus auf der Tastatur, gehen mit Kugelschreibern an Zahlen entlang, unterstreichen hier und dort. Die Zahlenreihen sehen aus, als wäre eine Ameisenarmee mit schmutzigen Füßen über das Blatt gelaufen, und man möchte am liebsten eine Lupe reichen, damit sich niemand die Augen verdirbt. Seit vor zwei Wochen die Zahlen in Berlin ankamen, haben hier alle wenig geschlafen, viel gerechnet, analysiert, Zusammenhänge geprüft und verworfen.

Denn ein Datensatz ist noch lange kein Ergebnis. »Wenn alle Antworten erfasst sind, liegt zunächst ein Rohdatensatz vor«, erklärt Ralf Rukwid. Gemeinsam mit dem IAO Fraunhofer-Institut in Stuttgart hat er den Datensatz bereinigt. Dabei gehen die Statistiker ihn auf Ungereimtheiten durch. Wenn etwa jemand auf die Frage nach dem Ausgleich von Mehrarbeit sowohl bei Geld als auch bei Freizeit

100 Prozent zugestimmt hat, werden solche Antworten als widersprüchlich markiert.

Sophie Jänicke steckt den Kopf in Ralf Rukwids Büro. Sie arbeitet in der Tarifabteilung der IG Metall in Frankfurt am Main und ist nach Berlin gekommen. Sie interessiert sich für die Auswertung der Arbeitszeitfragen. »Kannst Du mir den Arbeitszeitverfall noch mal nach Geschlecht und Alter aufschlüsseln«, fragt Sophie. Ralf kann: »Dauert ein paar Minuten. Ich bringe Dir die Auswertung.«

Zwei Türen neben Sophie hat sich Konrad Klingenburg, der Leiter des Berliner Büros, mit Kollegen zusammengesetzt. Das Manuskript der Broschüre, in der die Ergebnisse zu den politischen Fragen vorgestellt werden, liegt vor ihnen auf dem Tisch. Hinter ihnen stehen Stellwände mit ausgedruckten Ergebnissen, einige mit Kommentaren und Fragen versehen wie: »alle teilen diese Meinung« oder »wie viele haben mit Ja geantwortet?«. Sie gehen Seite für Seite durch. Über den Grafiken fehlen die Frageformulierungen, die Überschriften der Kapitel sind nicht einheitlich. Sätze werden gestrichen, andere neu formuliert. Tanja Smolenski, Leiterin des Bereichs Grundsatzfragen, kommt ins Büro: »Wie weit seid Ihr? Können wir um sechs alle zusammen die Texte durchgehen?« Konrad Klingenburg schaut auf die Uhr, es ist Viertel vor fünf. Das heißt, der Text muss in einer Stunde bearbeitet sein. »Ihr habt's gehört«, sagt er, »dann lasst uns mal Gas geben.«

**Am Infostand der
Vertrauensleute bei
BMW in München
holen sich Beschäftigte
einen Fragebogen.
Gerade zum Thema
Arbeitszeit wollten
viele ihre Meinung
sagen.**



Foto: Erwin Thoma

Neue Pflegerentenversicherung

Wir werden immer älter. Aber wie leben wir mit 80 oder 90? Wie gesund und selbstständig sind wir dann noch? Brauchen wir Unterstützung oder sogar Pflege? Können wir das bezahlen und hilft uns der Staat? Bereits jeder Fünfte der 80- bis 85-Jährigen bekommt Pflegeleistungen. Und auch durch einen Unfall oder eine Krankheit können wir zum Pflegefall werden.

Metallrente, das gemeinsame Versorgungswerk der IG Metall und Gesamtmetall bietet ein neues privates Angebot: die Metallrente.Pflege. Diese Pflegerentenversicherung kann man abschließen, wenn man eine Metallrente.BU (Berufsunfähigkeitsversicherung) oder eine Metallrente.EMI (Erwerbsminderung) abgeschlossen hat. Die Metallrente bietet ihre Pflegerentenversicherung in zwei Varianten an. Beide Varianten haben einen lebenslangen, weltweiten Versicherungsschutz in allen Pflegegraden und bei Demenz. Metallrente.Pflege bedeutet nicht nur Sicherheit, sondern auch Vermögensschutz: Versicherte können Teile ihres angesparten Vermögens entnehmen und es gibt eine Todesfallleistung für ihre Hinterbliebenen. Zusatzoptionen und umfangreiche Unterstützungsleistungen runden das Angebot ab. [▶ metallrente.de/angebote/metallrentepflege/](http://metallrente.de/angebote/metallrentepflege/)

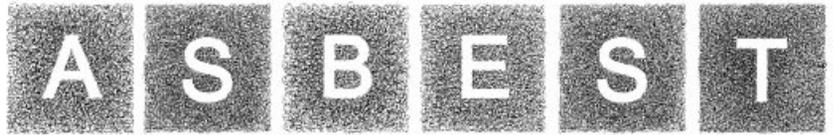


Foto: france68/PantherMedia

Asbest ist in Deutschland schon lange verboten, doch der jahrzehntelange Einsatz wirkt immer noch nach. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse weisen darauf hin, dass Asbest neben Kehlkopf-, Lungen- und Rippenfell- auch Eierstockkrebs verursachen kann. Diesen Zusammenhang zeigen internationale Studien über Textilarbeiterinnen, die asbesthaltige Schutzkleidung fertigten. Die wissenschaftlichen Erkennt-

nisse reichen aus, um Eierstockkrebs künftig wie eine Berufskrankheit zu behandeln, wenn er in Verbindung mit einer durch Asbeststaub verursachten Krankheit auftritt oder Betroffene eine bestimmte Belastung mit Asbeststaub am Arbeitsplatz nachweisen können. Darauf weisen die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen hin. Mehr Infos unter: [▶ baua.de](http://baua.de) → **Suche: »Dokumente zu Berufskrankheiten«**

Die zehn wichtigsten Tipps zum Berufseinstieg

Wer nach Ausbildung oder Studium in den Job einsteigt, muss einiges beachten. Wie soll ich mich bei Gehaltsverhandlungen verhalten? Wo verdiene ich wie viel? Was muss in meinem Arbeitsvertrag stehen? Ab wann habe ich gesetzlichen Kündigungsschutz? Was bringt mir ein Be-

triebsrat und ein Tarifvertrag? Und was bedeutet das, wenn in meinem Arbeitsvertrag »AT« steht?

Antworten auf diese Fragen findet Ihr in unserem Onlineratgeber:

[▶ igmetall.de/jugend](http://igmetall.de/jugend)
→ **Deine Zukunft**

Anzeige



GOGREEN

Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



Die klimaneutrale Post ist da.

GOGREEN. Der klimaneutrale Versand mit der Deutschen Post.

Verschicken Sie Ihre Post, ohne das Klima zu belasten. Mit dem Service GOGREEN werden durch den Transport entstandene Treibhausgasemissionen in Klimaschutzprojekten ausgeglichen. Mehr Informationen zu GOGREEN finden Sie unter: www.deutschepost.de/gogreen

GOGREEN

Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post

Deutsche Post

Wir. Die IG Metall.



Das Kennenlernmagazin zeigt, wofür die IG Metall steht und was sie ausmacht.

Welche Tarifverträge gibt es und welche Themen gestaltet die IG Metall im Betrieb mit? Was ist eigentlich Industrie 4.0? Welche Leistungen gibt es für Mitglieder und wofür werden ihre Beiträge verwendet? Diese und andere Fragen beantwortet das Kennenlernmagazin »Wir. Die IG Metall.«. Es gibt Einblicke in Themen und Bereiche, für die und in denen sich die IG Metall stark macht: von Tarifpolitik über Berichte aus Betrieben bis hin zur gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Arbeit, dem Aufbau und der Geschichte unserer Organisation oder den Satzungsleistungen.

Reportagen und Berichte aus Betrieben, Porträts von ehrenamtlich aktiven Metallern und Metallern, Infografiken und Illustrationen sowie ein kleines Tarif-ABC ergänzen das Spektrum der Themen. Zudem gibt die Broschüre einen Überblick, welche Leistungen es exklusiv für Mitglieder gibt.

Für Aktive und Interessierte Das Magazin eignet sich für neue Mitglieder ebenso wie für Metallerninnen und Metallern, die sich schon lange in und für die IG Metall stark machen. Wegen seiner thematischen Vielfalt bietet »Wir. Die IG Metall.« eine gute Gelegenheit, auf interessierte Kolleginnen und Kollegen zuzugehen, ins Gespräch zu kommen und ihnen die IG Metall anschaulich näherzubringen.

Mitglieder der IG Metall und Interessierte können das Magazin kostenfrei über diese Internetseite bestellen:

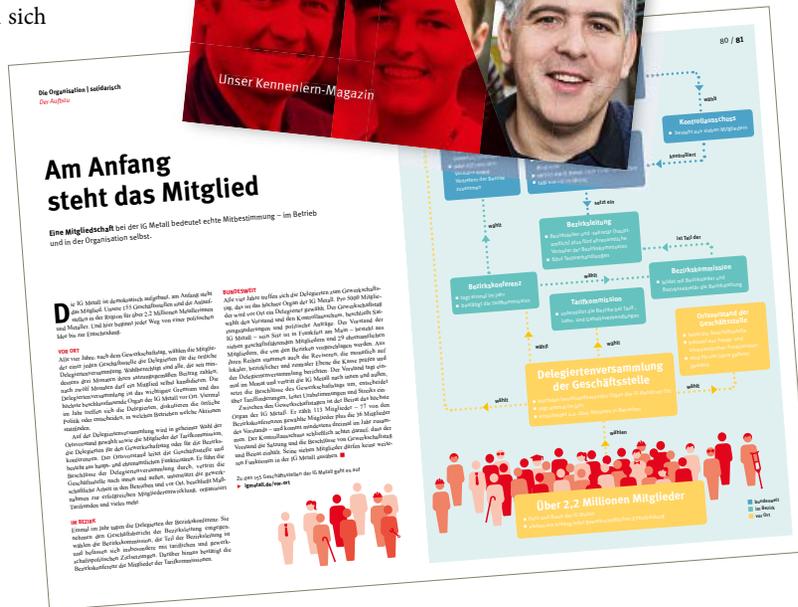
igmetall.de/infopaket

Infos und Tipps rund um die Ansprache von Interessierten findet Ihr unter:

team-verstaerken.de

Fragen und Anregungen zum Magazin? Dann schreibt an:

mitglieder@igmetall.de



Ligna 2017: Kostenlose E-Tickets für Mitglieder



Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern kostenlose E-Tickets für die Ligna. Infos zur Messe und zum E-Ticket:

igmetall.de → Suche: Ligna

Die IG Metall bietet ihren Mitgliedern auch in diesem Jahr freien Eintritt für die Ligna, der führenden Weltmesse der Holz verarbeitenden Industrie. Vom 22. bis 26. Mai 2017 wird auf dem Messegelände Hannover ein umfassendes internationales Maschinen- und Werkzeugangebot gezeigt sowie Neuerungen, Innovationen und Produktionsstandards.

Wie bekomme ich ein E-Ticket? Die einzelnen Schritte sind ganz einfach:

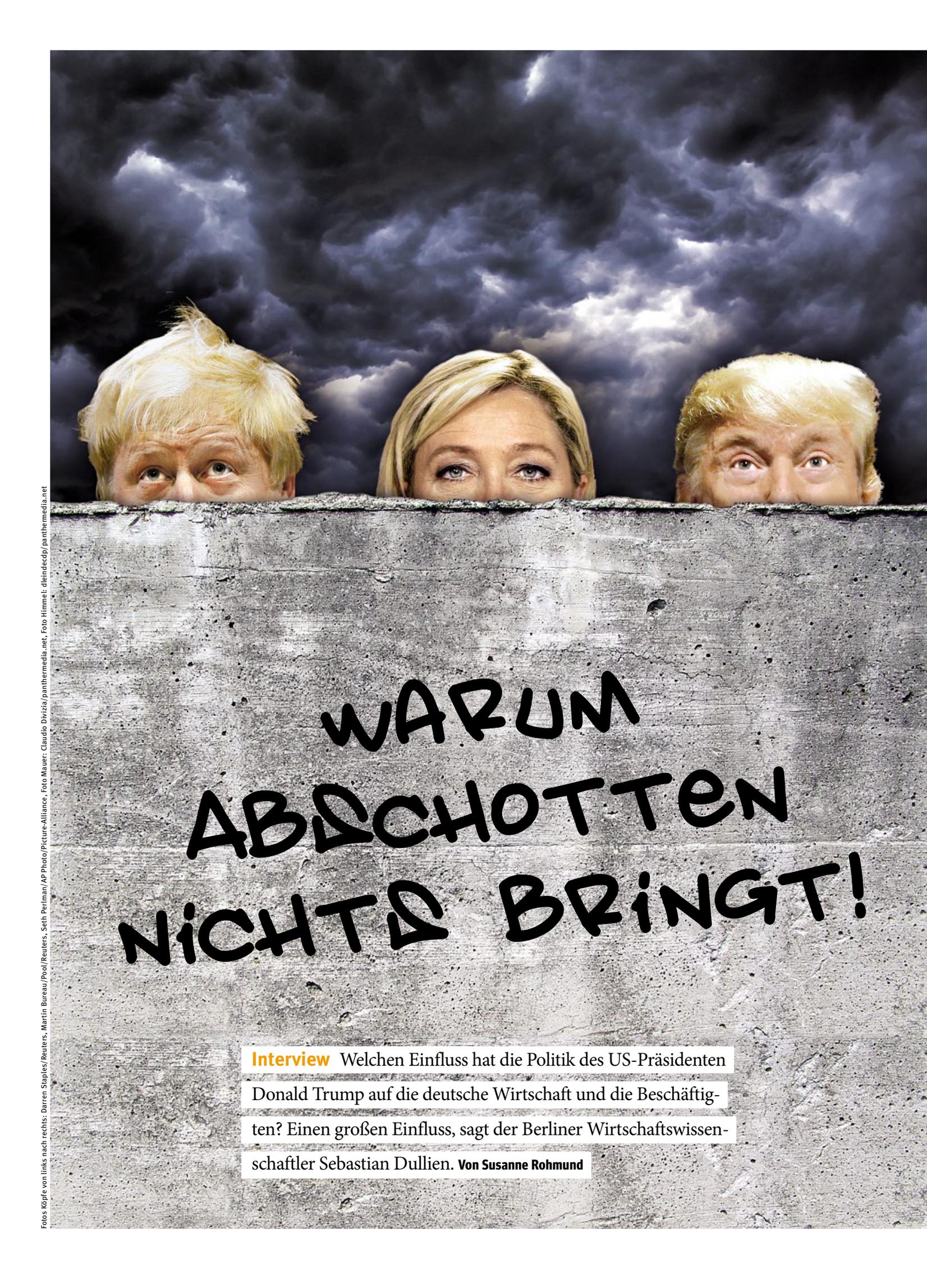
- Auf ligna.de → Tickets klicken.
- Auf der Registrierungswebsite der Ligna den Aktionscode: **oxowu** eingeben.
- Personen, die sich schon einmal für ein Ticket bei der Deutschen Messe AG registriert haben (beispielsweise bei der Cebit oder der Hannover Messe) müssen den

Haken bei »Ich habe bereits ein Nutzerkonto und möchte mich anmelden« setzen. Das Passwort kann, falls Ihr es vergessen habt, erneut angefordert werden.

■ Nach der erforderlichen Vorab-Online-registrierung wird das personalisierte E-Ticket per E-Mail übermittelt.

■ Ticket im DIN-A4-Format ausdrucken oder aber das papierlose Ticket für Smartphones nutzen.

Gut zu wissen! Die E-Tickets sind ausschließlich online erhältlich. Papiertickets können aus organisatorischen Gründen nicht angeboten werden. Das Ticket ist nicht übertragbar. Und: Das personalisierte Ticket gilt als Dauerticket für alle Veranstaltungstage. Es ist nicht möglich, für andere Personen Tickets zu registrieren.



WARUM ABSCHOTTEN NICHTS BRINGT!

Interview Welchen Einfluss hat die Politik des US-Präsidenten Donald Trump auf die deutsche Wirtschaft und die Beschäftigten? Einen großen Einfluss, sagt der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Sebastian Dullien. **Von Susanne Rohmund**

Mal ganz spontan, Professor Dullien: Fällt Ihnen etwas Gutes zu US-Präsident Donald Trump ein?

Sebastian Dullien: Trump gibt Menschen eine Stimme, für die der amerikanische Traum nicht mehr existiert. Der Mittelstand ist trotz Vollzeitarbeit und Mindestlohn abgehängt. Eltern stellen fest, dass ihren Kindern nicht mehr alle Möglichkeiten offenstehen. Diese Problematik hat er auf die politische Agenda gesetzt.

Hat seine Politik für uns Europäer etwas Positives?

Dullien: Derzeit ist Trumps Politik gut für die deutsche und auch die europäische Konjunktur.

Wie das? Ein Trump-Effekt?

Dullien: Ja, man könnte es so nennen. Derzeit steigt der US-Dollar gegenüber dem Euro. Deshalb werden deutsche Produkte für die Amerikaner billiger und sie wollen und können mehr davon kaufen. Um es volkswirtschaftlich auszudrücken: Die deutschen Exporte in die USA steigen und das bringt Wachstum.

Na, dann ist ja alles gut.

Dullien: Kurzfristig ja. Mittel- bis langfristig könnte sich Trumps Politik aber negativ auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland und Europa auswirken.

Wie das?

Dullien: Alle Pläne des Präsidenten deuten darauf hin, dass sich die US-Regierung weiter verschulden wird. Dafür werden schon alleine die steigenden Rüstungsausgaben sorgen. Auch die geplanten Steuersenkungen dürften teuer werden. Das wachsende Haushaltsdefizit wird wiederum mehr Kapital in die USA locken und die amerikanische Notenbank wird mit einer Zinssteigerung gehalten. Für den US-Dollar heißt das: Er wird in Folge weiter steigen. Das wiederum wird die amerikanische Industrie unter Druck setzen, die wiederum beim Weißen Haus anklopfen dürfte, um gegen die ausländische Politik geschützt zu werden.

Trumps Politik, seine Politik in den USA, setzt also Dinge in Bewegung, die wir noch nicht voraussehen können?

Dullien: Ja. Und diese Botschaft ist mittlerweile auch bei vielen Unternehmen angekommen. Die USA sind der zweitgrößte Handelspartner der deutschen Industrie. Die Manager befürchten Auswirkungen auf ihre Exporte.



Foto: privat

Sebastian Dullien

Sebastian Dullien ist Wirtschaftswissenschaftler und Journalist. Seit Oktober 2007 ist er Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Außerdem ist er seit 2011 Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations. In seinem 2009 erschienenen Buch »Der gute Kapitalismus« macht er sich stark für einen Kapitalismus, der an die Leine genommen werden muss. Mehr über ihn: dullien.net

Inwieweit?

Dullien: Trumps Motto heißt: »America first«. Das heißt, er wird sich die vielen Exporte aus Deutschland oder auch aus China langfristig nicht tatenlos anschauen. Der Präsident hat bereits mit zwei Schritten gedroht. Zum einen, deutsche Waren mit Zöllen zu belegen. Zum anderen, mit seiner geplanten Steuerreform in Amerika produzierte Waren zu bevorzugen.

Was könnten Zölle auslösen?

Dullien: Lassen Sie uns das einmal durchspielen: Trump hat als Präsident gesetzliche Möglichkeiten, deutsche Waren mit Zöllen zu belegen. Sagen wir mal, er erhebt Zölle von zehn Prozent auf deutsche Einfuhren in die USA. Das würde die Wirtschaft und die Bundesregierung zum Handeln zwingen. Sie würden sich bei der Welthandelsorganisation, der WTO, beschweren. Die WTO, als Hüterin des freien Handels, würde sagen, »Sorry, geht

nicht! Auch Deutschland darf Zölle auf amerikanische Produkte erheben.« Und jetzt merken Sie bereits: Das könnte eine Eskalation auslösen.

Die Zölle steigen immer weiter ... drohen aggressive politische Maßnahmen?

Dullien: Ja. Das ist das eine Szenario. Außerdem plant Trump eine weitere protektionistische Maßnahme: eine Unternehmenssteuerreform, die vor allem die Unternehmen belohnen wird, die, vereinfacht gesprochen, Waren und Dienstleistungen innerhalb Amerikas produzieren oder die viele inländische Zulieferer haben. Dieses Element der Steuerreform heißt Border Tax Adjustment. Sie wird auch viele deutsche Produzenten betreffen.

Wie würde sich die Steuerreform auswirken?

Dullien: Die grundsätzlichen Fragen lauten: Wer produziert wo was in den USA? Und wer produziert in den USA mit welcher inländischen Wertschöpfung? Betreffen wird eine solche Steuerreform die Automobilindustrie, Anlagen und Ausrüstungen, die Chemiebranche sowie den Flugzeugbau.

Es gibt durch den drohenden Protektionismus also nur Verlierer?

Dullien: Vielleicht nicht nur Verlierer, aber sehr viele Verlierer. Vor allem die ärmere Bevölkerung in den USA wird es spüren, wenn die Preise für Waren und Dienstleistungen steigen. Aber auch in Deutschland und Europa könnte es Beschäftigte hart treffen, wenn Produktionsverlagerung droht. Aktuell ist es aber eher die Unsicherheit, die die Unternehmen lähmt. Sie wissen nicht, ob und inwieweit die Pläne des US-Präsidenten greifen werden. Solche Unsicherheiten führen immer zum Stillstand und der ist schlecht für Innovation und Beschäftigung. Dazu kommt noch das Szenario eines Handelskriegs. Keine guten Aussichten.

Sie sprechen von einem Handelskrieg. Droht das Ende der Globalisierung?

Dullien: Die meisten Menschen sind sich nicht bewusst, wie fragil Freihandel ist. Das wird auch der Brexit zeigen. Die Unternehmen stellen plötzlich fest, wie verwundbar ihre Zuliefererketten sind. Und wie teuer der grenzüberschreitende Handel werden kann. Die Populisten in Frankreich und auch Ungarn drohen und spielen mit dem Protektionismus. Am Ende wird eine Deglobalisierung mehr Verlierer als Gewinner haben.

Protektionismus

metallzeitung bleibt dran am Thema Protektionismus. In der Februarausgabe erläuterten wir, warum Populisten nicht halten, was sie versprechen. In dieser Ausgabe beschreiben wir die Auswirkungen von Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Beschäftigung.



Foto: Sven Ehlers

**Auszubildende bei Mercedes Nutzfahrzeuge in Koblenz:
Ohne Tablet, WLAN und Software läuft nichts mehr.**

Lkws haben heute 30 bis 60 Steuergeräte, kleine Computer. Vom Scheibenwischer bis zur Anhängerkuppelung ist alles digital vernetzt. Die Lkws sind ständig online. Die Fuhrparkleiter der Speditionen können alle Fahrzeugdaten jederzeit aus der Ferne auslesen und wissen, was sie verbrauchen, wie lange sie fahren und wann Reparaturen fällig sind.

»Einige Spediteure übertragen uns die Planung ihrer Reparaturen und Wartungen«, erklärt Kfz-Elektriker Heinz Breitbach, der bei der Nutzfahrzeug-Niederlassung von Mercedes in Koblenz arbeitet. »Dann gehen die Onlinedaten aus den Lkws direkt an unseren Service. Wir melden dann dem Spediteur: Kommt mal in die Werkstatt.«

Oft ist nur ein Softwareupdate fällig, das Breitbach auf jedes einzelne Steuergerät über sein Diagnosegerät installieren kann. Die Updates kommen per Internet aus der Mercedes-Zentrale.

Als Breitbach vor 22 Jahren anfang, hatte ein Auto vier, fünf Steuergeräte, die er mit einem »Handheld Tester« auslas. Damit lernte er jedoch erst im Betrieb umzugehen. In seiner Ausbildung spielte digitale Technik noch keine Rolle.

Digitalisierung lernen Die Auszubildenden heute hingegen wachsen digital auf. Die 16 Kfz-

Handwerk 4.0

Digitalisierung im Handwerk Alle reden von Industrie 4.0 – doch auch im Handwerk ist die Digitalisierung längst in vollem Gang. Die IG Metall will die Digitalisierung so regeln, dass gute Arbeit gelingt. Deshalb gestaltet sie mit, bei der Aus- und Weiterbildung, beim Umgang mit Daten und bei den Arbeitsbedingungen.

Von Dirk Erb

Mechatronik-Azubis in der Ausbildungswerkstatt bei Mercedes in Koblenz lernen mit Tablets und »Computer Based Trainings«, mit denen sie alle Arbeitsschritte bis hin zum Abschlusstest üben.

Die Ausbildungswerkstatt ist neu eröffnet und eingerichtet. »Dafür haben wir gekämpft«, erzählt Betriebsrat und Ausbildungsleiter Joachim Noll. »Viele Arbeitgeber reden zwar von der Digitalisierung, aber die meisten haben sie nicht wirklich auf dem Schirm. In die nötige Aus- und Weiterbildung wollen sie oft nicht investieren.«

Noll und die anderen Betriebsräte denken an die Zukunft. Beispielsweise haben sie durchgesetzt, dass alle Beschäftigten eine Hochvolt-schulung bekommen, für die Elektro-Lkws, die in den nächsten Jahren kommen. Und sie versuchen, die Digitalisierung so zu gestalten, dass gute Arbeit dabei herauskommt. Denn die neue digitale Welt hat auch Schattenseiten. Etwa die Überwachung. »Unsere Verkäufer im Außendienst haben auch alle Autos, die Daten übermitteln«, erklärt die Betriebsratsvorsitzende Fabienne Dorscheimer. »Vieles davon geht die Firma nichts an. Etwa wo der Mitarbeiter abends privat hinfährt. Das müssen wir regeln und eindämmen. Auch der Gesetzgeber ist gefordert.«

In den nächsten Jahren wird sich das Kfz-Handwerk durch die Digitalisierung weiter dramatisch verändern. Davon ist Ausbilder Noll überzeugt. »Datenbrillen, Sensor-Handschuhe, Ferndiagnosen per Video und vor allem digitale Prozesse – das wird alles kommen. Wer sich darauf nicht einlässt, ist raus aus dem Geschäft.«

Neue digitale Geschäftsmodelle Nur rund drei Kilometer entfernt bei der Handwerkskammer (HWK) Koblenz erklärt Christoph Krause genau das »seinen« Handwerksbetrieben wieder und wieder: Ihr müsst Euch auf die Digitalisierung einlassen, sonst seid Ihr bald raus.

Krause ist Leiter des Kompetenzzentrums Digitales Handwerk der HWK, bei der Ausbilder Noll von Mercedes Vizepräsident ist. Auf drei Stockwerken lernen hier Unternehmer, Auszubildende und Fortbildungsteilnehmer Digitalisierung: Im Erdgeschoss stehen nagelneue Fertigungsmaschinen, wie CNC-5-Achs-Fräsen und Laser. Im ersten Stock programmieren und installieren die Lernenden eine vernetzte Fertigungsstraße. Im zweiten Stock lernen Kursteilnehmer, in digitalen Prozessketten und Geschäftsmodellen zu denken.

Genau das ist für Krause Handwerk 4.0 – nicht nur Datenbrillen oder Sensor-Handschuhe. Die Technik kann jeder kaufen – sogar recht günstig. Digitalisierung heißt, mit der Technik Prozesse und Geschäftsmodelle zu entwickeln: eine vernetzte Fertigung mit digitaler Planung und einer Plattform im Internet, auf der Kunden Produkte konfigurieren und bestellen können. So wie es etwa das Heizungsportal Thermondo vormacht. Wenn Handwerksbetriebe künftig keine austauschbaren Montagedienstleister großer

Portale sein wollen, dann müssen sie selbst Plattformen haben, warnt Krause. »Gut 60 Prozent der Handwerksbetriebe ignorieren jedoch noch die Digitalisierung, 30 Prozent sind aufgeschlossen, schaffen es jedoch alleine nicht. Denen müssen wir helfen, digitale Geschäftsmodelle und Prozesse zu entwickeln. Das geht nur mit Beteiligung der Beschäftigten. Wer Digitalisierungsprojekte startet, muss auch Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten, mobiles Arbeiten und Weiterbildung anpacken, was im Handwerk oft noch fehlt.«

60 Handwerksbetriebe vernetzt Aus eigener Kraft auf gutem Weg mit digitalen Geschäftsmodellen sind derzeit nur zehn Prozent der Handwerksbetriebe. Was das genau heißt, zeigt die kleine Tischlerei Kreienbaum in Warendorf zwischen Bielefeld und Münster. In der Werkstatt stehen nagelneue vernetzte CNC-Maschinen, die von Tischlern programmiert, nach 3-D-Plänen Holz fräsen. Die Tischler werden dafür systematisch qualifiziert und weitergebildet. Die Pläne sind in einer Cloud gespeichert. Die Kunden können auf Teile davon zugreifen und sie ändern.

Vor allem können auch die Partner, andere Handwerksbetriebe, auf die Pläne in der Cloud zugreifen, um mit der Tischlerei an gemeinsamen Aufträgen zu arbeiten. Über 60 Handwerksbetriebe sind mit der Tischlerei Kreienbaum über die gemeinsame Plattform »Ideenräume« vernetzt: Elektro, Sanitär-Heizung-Klima, Maler, Maurer. Zusammen können sie Großaufträge an Land ziehen – von der Ausstattung von Verkaufsbereichen, etwa zur Präsentation in Baumärkten, bis hin zu Fünf-Sterne-Hotels in der Schweiz.

»Für uns Handwerker bedeutet das oft eine ganz andere Arbeit«, erklärt Dieter Everwin, Betriebsratsvorsitzender bei Kreienbaum, wo der Tischlertarif Nord-West der IG Metall gilt. »Wir arbeiten viel spezialisierter. Früher habe ich noch das Holz selbst ausgesucht, gesägt, gebohrt und lackiert. Heute macht fast alles die CNC-Maschine. Andererseits müssen wir Gewerke übergreifend arbeiten, also etwa auch die Stromversorgung mitplanen und mit einbauen.«

Gutes altes Handwerk bleibt Nicht alles wird digital: Die Endmontage beim Kunden ist nach wie vor gutes altes Handwerk. »Das ist wie früher und wird sich auch nie ändern«, meint Kreienbaum-Betriebsrat Everwin. »Sägen, Bohren, Feilen, Fräsen – und auch mal improvisieren.«

Das wird immer gefragt sein, auch wenn die Prozesse und Geschäftsmodelle digitalisiert werden. Das sieht auch Christoph Krause von der HWK in Koblenz so. »Wir erleben sogar gerade eine Rückbesinnung auf gutes Handwerk.«

Auch Ausbilder Noll bei Mercedes macht mit seinen Auszubildenden einen Grundlehrgang in Metallbearbeitung – obwohl der eigentlich längst aus dem Ausbildungsrahmenplan für Kfz-Mechatroniker gestrichen ist. »Sägen, Bohren, Feilen, Fräsen musst Du können«, sagt Noll.

3 Fragen an IG Metall-Vorstandsmitglied Ralf Kutzner



Foto: Frank Rumpenhorst

Welche Folgen hat die Digitalisierung für die Handwerker?

Was bedeutet die Digitalisierung im Handwerk? Kostet das Arbeitsplätze?

Ralf Kutzner: Ich sehe eher die Chancen. Wir dürfen den Menschen keine Angst machen. Als in den siebziger Jahren Computer und Roboter kamen, hieß es, wir hätten bald menschenleere Betriebe. Doch wir haben die technische Evolution als IG Metall mitgestaltet, etwa durch Tarifverträge zur Arbeitszeitverkürzung, Altersteilzeit und Weiterbildung. So müssen wir jetzt auch die Digitalisierung gestalten, damit sie nicht nur Gewinne für die Arbeitgeber bringt, sondern auch gute Arbeit.

Wie will die IG Metall die Digitalisierung im Handwerk konkret gestalten?

Kutzner: Eine ganz wichtige Aufgabe ist es, Arbeitnehmerdaten zu schützen. Mit den riesigen Datenströmen lassen sich auch Leistung und Verhalten erfassen. Ich habe große Sorge, dass wir dann den absolut gläsernen Beschäftigten bekommen. Unser Topthema ist jedoch die Qualifizierung. Wir müssen Aus- und Weiterbildungsberufe weiterentwickeln und Lernen für die Beschäftigten möglich machen.

Wie sehen Arbeit und Ausbildung im digitalen Handwerk aus? Ist das gute Handwerk bald tot?

Kutzner: Nein. Zwar brauchen Beschäftigte künftig ein Verständnis für Software, Vernetzung und digitale Geschäftsmodelle – doch nach wie vor auch für Mechanik und Elektronik, Sägen, Feilen und Bohren. Ich habe ja auch als Kfz-Mechaniker gearbeitet. Du musst auch mal improvisieren können. Das macht einen Monteur aus, der sein Handwerk versteht und so leicht nicht zu ersetzen ist.

Neue Regeln zum Arbeitslosengeld nach **Aufhebungsvertrag**

Recht so Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Geschäftsanweisung zum Umgang mit Sperrzeiten geändert. Was gilt, wenn Beschäftigte einen Aufhebungsvertrag abschließen, erläutert Tjark Menssen.



Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat ihre Geschäftsanweisung zur Sperrzeit geändert. Mit umgesetzt hat sie dabei einen Punkt, der in der Praxis schon so gehandhabt wurde: Wenn bei längerer oder schwerer Krankheit eine Kündigung droht, ist ein Aufhebungsvertrag denkbar, ohne dass die BA beim Arbeitslosengeld eine Sperrzeit verhängt.

Bisher war bei Abschluss eines Aufhebungsvertrags oder bei Ausspruch einer Eigenkündigung des Beschäftigten eine Sperrzeit nur ausgeschlossen, wenn eine Kündigung des Arbeitgebers aus betriebsbedingten Gründen drohte. Denn der Abschluss eines Aufhebungsvertrags ist nach dem Sozialgesetzbuch ein versicherungswidriges Verhalten, da Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitslosigkeit selbst herbeiführen. Unerheblich ist dabei, wer die Initiative zum Aufhebungsvertrag ergriffen hat.

Neue Regeln Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Aufhebungsvertrag abschließen, überprüft die BA die Rechtmäßigkeit einer drohenden Arbeitgeberkündigung künftig nicht mehr, wenn die Parteien eine Abfindung von maximal bis zu 0,5 Bruttomonatsgehältern pro Jahr des Arbeitsverhältnisses vereinbaren. Bisher musste die Abfindung mindestens 0,25 Bruttomonatsgehälter betragen. Diese Mindestgrenze ist weggefallen.

Übersteigt die im Aufhebungsvertrag vereinbarte Abfindung allerdings 0,5 Bruttomonatsgehälter, prüft die BA, ob eine drohende krankheitsbedingte Kündigung des Arbeitgebers rechtmäßig wäre. Das Ergebnis dieser Prüfung der BA lässt sich nur schwer vorhersagen.

Die Rechtsprechung erkennt einen wichtigen Grund an, wenn das Arbeitsverhältnis per Aufhebungsvertrag zu dem

Zeitpunkt endet, zu dem es auch durch eine Kündigung geendet hätte. Bei einer früheren Beendigung kommt es drauf an, ob das Abwarten der Kündigung zumutbar gewesen wäre. Das kommt auf den Einzelfall an, und allein die Tatsache, dass dann möglicherweise keine Abfindung gezahlt worden wäre, reicht den Gerichten nicht aus.

Die drohende krankheitsbedingte Kündigung stellt einen wichtigen Grund dar, der bei einem Aufhebungsvertrag eine Sperrzeit verhindert. Aber Achtung: Wenn die Parteien im Aufhebungsvertrag die Kündigungsfrist nicht einhalten und eine Abfindung vereinbaren, tritt ein Ruhen beim Arbeitslosengeld ein, und zwar unabhängig von irgendwelchen Gründen.

Vorher Arbeitsagentur fragen Wer plant, das Arbeitsverhältnis mittels eines Aufhebungsvertrages zu beenden, sollte vorher mit der Arbeitsagentur sprechen. Sie können Sachverhalte prüfen und verbindlich mitteilen, ob es im Falle eines Aufhebungsvertrages zu einer Sperrzeit kommen wird. Bei einer schriftlichen Bestätigung ist man auf der sicheren Seite.



Mehr Wissen

Weitere Einzelheiten zur aktualisierten Geschäftsanweisung zu Sperrzeiten findet Ihr auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit.

- ▶ arbeitsagentur.de/veroeffentlichungen
- Weisungen
- Arbeitsmarkt und Integration

Alles, was Recht ist



›LEIHARBEIT

Metaller wehrt sich gegen Versetzung in Leihfirma

Festbeschäftigte wechseln in billige Leiharbeit. Das war der Plan beim Matratzen- und Deckenhersteller Frankenstolz an seinem Standort im sächsischen Oschatz. Beschäftigte bekamen ihren Aufhebungsvertrag und zugleich den neuen Arbeitsvertrag bei einem Personal-dienstleister vorgelegt. Früher arbeiteten hier rund 230 Festbeschäftigte. Heute arbeiten 200 als Leiharbeiter.

Auch Metaller Eckehard Schöne bekam die Verträge vorgelegt. Doch er weigerte sich, in die Leihfirma zu wechseln nach 16 Jahren im Betrieb. Die Folgen: Der heute 62-Jährige bekam Ärger mit Vorgesetzten, wurde strafversetzt. Einen Tag vor Weihnachten 2014 bekam er schließlich die Kündigung »aus betrieblichen Gründen«.

Schöne ging zur IG Metall. Er bekam Rechtsschutz und klagte. Das Arbeitsgericht Leipzig sah die Kündigung als unwirksam an. Schließlich gab es keinen Kündigungsgrund.

Trotz des Gerichtsurteils weigerte sich Frankenstolz, Schöne weiterzubeschäftigen. Sein DGB-Rechtssekretär ließ seine Wiedereinstellung zwangsvollstrecken. Ende 2015 fing Schöne wieder an, bei Frankenstolz zu arbeiten. Allerdings zahlte der Arbeitgeber ihm dafür keinen Lohn. Auch den musste sein DGB-Rechtsvertreter wieder für ihn einklagen.

Arbeitgeber bleibt stur Doch der Arbeitgeber gab keine Ruhe und ging in Berufung. Aber auch das Landesarbeitsgericht in Chemnitz erklärte Anfang 2016 die Kündigung für unwirksam.

Nach all den Schikanen konnte Schöne sich jedoch nicht mehr vorstellen, bei Frankenstolz zu arbeiten. Das Gericht stimmte daher einer Auflösung des Arbeitsvertrags wegen Unzumutbarkeit zum 31. August 2016 gegen Zahlung einer überdurchschnittlichen Abfindung zu. Eckehard Schöne war damit zufrieden, da er ohnehin dieses Jahr im August in Rente geht.

Doch immer noch ist nicht Schluss: Für die Zeit bis zu seinem Ausscheiden im August 2016 muss der Arbeitgeber laut Gesetz eine Annahmeverzugsvergütung an Schöne zahlen. Doch auch die muss er nun wieder gerichtlich durchsetzen. Frankenstolz zahlt schon wieder nicht und ist erneut in Berufung gegangen. Und Schönes Arbeitslosengeld I ist ausgelaufen. Nun hat er die Wahl: Auf das Urteil des Landesarbeitsgerichts warten und bis zu seiner Rente im August noch einmal Hartz IV beantragen oder seinen DGB-Rechtssekretär wieder einmal zwangsvollstrecken lassen.

Schöne ist genervt. »Ich muss jedes bisschen immer wieder neu einklagen. Es war doch eigentlich alles erledigt. Aber der Betriebsleiter gehört wohl zu denen, die niemals nachgeben.«



›ARBEITSZIMMER

Mehrere Nutzer können einen Raum steuerlich geltend machen

Nutzen mehrere Steuerpflichtige, etwa Ehepartner, ein häusliches Arbeitszimmer gemeinsam, kann jeder von ihnen seine Aufwendungen bis zur Obergrenze von 1250 Euro geltend machen. Bisher galt diese Obergrenze nur pro Arbeitszimmer, unabhängig davon, wie viele es in Anspruch nahmen. Bei mehreren Nutzern wurden die 1250 Euro unter ihnen aufgeteilt.

Jetzt können alle Personen, die in dem Raum arbeiten, den Höchstbetrag steuerlich geltend machen. Voraussetzung: Sie brauchen das Arbeitszimmer tatsächlich betrieblich oder beruflich, haben darin einen eigenen Arbeitsplatz und keinen anderen zur Verfügung.

► **Bundesfinanzhof vom 15. Dezember 2016 – VI R 53/12 und VI R 86/13**



›RENTE

Erziehungszeit im Ausland wird nicht berücksichtigt

Eltern, die eine Zeitlang im Ausland gelebt haben und deren Kinder dort geboren wurden, haben keinen Anspruch darauf, dass die Erziehungszeit bei der Rente berücksichtigt wird. Das hat das Bundesverfassungsgericht bekräftigt und die Beschwerde einer Rentnerin, die zeitweise in Kanada gelebt hat, abgewiesen. Grundsätzlich ist der gewöhnliche Aufenthalt im eigenen Staat Anknüpfungspunkt für die Einbeziehung in nationale Sozialversicherungen. Das gilt auch für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Rente.

► **Bundesverfassungsgericht vom 6. März 2017 – 1 BvR 2740/16**



›ARBEITSLOSENGELD

Keine Sperrzeit bei fehlender Gegenleistung

Die Arbeitsagentur kann Erwerbslosen das Arbeitslosengeld zwei Wochen sperren, wenn die Betroffenen nicht belegen können, dass sie sich um Arbeit bemüht haben. Das setzt aber voraus, dass die Agentur ihrerseits zugesagt hat, sie bei der Arbeitssuche zu unterstützen, etwa indem sie die Kosten für Bewerbungen oder Fahrten zu Vorstellungsgesprächen übernimmt. Im konkreten Fall sollte eine Frau sich sechs Mal im Monat auf Stellen in einem kaufmännischen Bereich bewerben und in einer Auflistung dokumentieren. Der Eingliederungsvertrag, in dem das festgelegt war, enthielt jedoch keine »Gegenleistung« der Agentur. Solche unterstützenden Leistungen sind jedoch erforderlich.

► **Bundessozialgericht (BSG) vom 4. April 2017 – B 11 AL 5/16 R**



›KRANKENVERSICHERUNG

Freiwillig versicherte ledige Mütter zahlen Beitrag

Mütter ohne Ehepartner, die freiwillig gesetzlich krankenversichert sind, müssen in der Elterngeldphase Beiträge zahlen. Das Bundessozialgericht sieht darin keine unzulässige Ungleichbehandlung gegenüber freiwillig versicherten verheirateten Müttern, die in der Babypause oft keine Beiträge zahlen müssen. Denn Letztere könnten meist in die beitragsfreie Familienversicherung wechseln, wenn sie die freiwillige Versicherung kündigen.

► **BSG vom 30. November 2016 – B 12 KR 6/15 R**

Arbeitszeit

Was erlaubt ist und was nicht

Tipps und Rechte Viele Metaller wenden sich bei Fragen zur Arbeitszeit an die IG Metall. Muss ich Überstunden machen, wenn der Chef das will? Sind Überstunden zu vergüten und habe ich Anspruch auf Zuschläge? metallzeitung gibt Antworten auf diese und andere Fragen.

Von Fabienne Melzer und Antonela Pelivan

Manche Kollegen sprechen von Überstunden, manche von Mehrarbeit, wenn sie länger arbeiten. Ist das nicht das Gleiche?

Formal sind es zwei Paar Schuhe. Von Überstunden sprechen Juristen, wenn ein einzelner Arbeitnehmer seine vertragliche Arbeitszeit überschreitet. Wenn die individuell vereinbarte Arbeitszeit bei 20 Stunden pro Woche liegt, ist die 21. eine Überstunde, bei einer vertraglichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden erst die 31. Von Mehrarbeit sprechen sie, wenn die tarifliche Arbeitszeit überschritten wird. Für die meisten Menschen sind es aber meist nur zwei Wörter, die dasselbe bedeuten.

Mein Chef will, dass ich am Freitag länger arbeite. Ich habe aber Karten für ein Fußballspiel. Bin ich verpflichtet, Überstunden zu machen?

Grundsätzlich nicht. Beschäftigte schulden dem Arbeitgeber nur die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit. Deshalb darf der Arbeitgeber nicht einfach mehr verlangen.

Ausnahmen sind Notfälle. Ein schlecht geplantes Projekt oder ein zu knapp gesetzter Abgabetermin sind in der Regel keine Notfälle. Nach der Rechtsprechung sind Notfälle gemeint, die nicht vorhersehbar sind, etwa bei Hochwasser.

Allerdings gibt es zahlreiche vertragliche Vereinbarungen, die dem Arbeitgeber ermöglichen, Überstunden oder Mehrarbeit zu verlangen. Er kann es in Arbeitsverträgen mit den einzelnen Beschäftigten vereinbaren. Klauseln wie, »mit dem regulären Einkommen sind auch regelmäßige Überstunden abgegolten«, greifen allerdings meist nicht. Hier muss der Arbeitsvertrag schon genauer sagen, um wie viele Überstunden es sich handelt.

Mehrarbeit ist außerdem in Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen geregelt. Und: Mehrarbeit muss immer vom Betriebsrat genehmigt werden. An ihn sollten Beschäftigte sich in solchen Fällen immer wenden.

Entscheidet mein Arbeitgeber, wie viele Überstunden ich machen muss?



Das Arbeitszeitgesetz steckt ihm dabei Grenzen. Für alle Beschäftigten schreibt es eine reguläre tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden vor. Sie darf auf bis zu 10 Stunden verlängert werden, wenn sie innerhalb von 6 Monaten im Durchschnitt nicht über 8 Stunden liegt. Die Wochenarbeitszeit begrenzt das Arbeitszeitgesetz auf 48 Stunden, da der Samstag als Werktag gilt. Sie kann in Ausnahmefällen auf 60 Stunden verlängert werden.

Nach den IG Metall-Tarifverträgen beträgt die individuelle regelmäßige Arbeitszeit je nach Branche zwischen 35 und 37,5 Stunden pro Woche. Eine längere Arbeitszeit von maximal 40 Stunden pro Woche kann nach einigen Tarifverträgen mit bis zu 13 beziehungsweise 18 Prozent der Beschäftigten vereinbart werden. Den Ausgleichszeitraum, in dem die tarifliche Arbeitszeit durchschnittlich erreicht werden muss, beträgt nach den meisten Tarifverträgen 6 bis 12 Monate.

Muss ich samstags arbeiten, wenn mein Chef das verlangt?

Länger arbeiten, weil der Chef es will, während zu Hause die Familie wartet? Wann Überstunden zulässig sind und was der Unterschied zu Mehrarbeit ist.

Ist die Lage der wöchentlichen Arbeitszeit ausnahmsweise nicht im Arbeitsvertrag oder einer anderen Vereinbarung geregelt, unterliegt sie dem Direktions- oder Weisungsrecht des Arbeitgebers. Er kann zwar nicht mehr als die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit verlangen, aber er kann festlegen, wann sie zu erbringen ist.

Ich arbeite regelmäßig länger, als tarifvertraglich vereinbart. Muss mein Arbeitgeber mir die zusätzlichen Stunden bezahlen?

Der Arbeitgeber muss Überstunden nur bezahlen, wenn er von ihnen weiß. Arbeitet ein Beschäftigter ständig länger als vertraglich vereinbart, ohne dass sein Vorgesetzter davon weiß oder es zumindest stillschweigend geduldet hat, muss der Arbeitgeber die Zeit auch nicht bezahlen. Beschäftigte sollten im letzteren Fall dokumentieren, wann und warum sie länger gearbeitet haben, und es sich besser noch von ihrem Arbeitgeber bestätigen lassen.

Überstunden, die der Arbeitgeber angeordnet hat, muss er in der Regel auch bezahlen. Er kann sie durch Freizeit ausgleichen, wenn der Beschäftigte damit einverstanden ist oder der Arbeitgeber sich diese Möglichkeit vertraglich vorbehalten hat. In Betrieben, in denen es Betriebsvereinbarungen zu Arbeitszeitkonten oder Gleitzeitregelungen gibt, werden längere Arbeitszeiten in der Regel durch Freizeit ausgeglichen.

Gibt es für Mehrarbeit oder Überstunden mehr Geld als für die reguläre Arbeitszeit?

Das Gesetz sieht für Stunden, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus erbracht werden, keine Zuschläge vor. Ansprüche auf Überstundenzuschläge bestehen nur, wenn es eine entsprechende Regelung im Arbeits- oder in einem Tarifvertrag gibt. Oder wenn die Arbeitgeber nach Abschluss des Arbeitsvertrags ausdrücklich zugesagt haben, dass sie Zuschläge bezahlen werden. Die Höhe der Zuschläge ist je nach Tarifvertrag unterschiedlich.

Zuschläge müssen auch dann gezahlt werden, wenn die Überstunden später durch Freizeit ausgeglichen werden. Für die Zuschläge gilt allerdings das Gleiche wie für die Bezahlung der Überstunden: Darauf haben Beschäftigte nur einen Anspruch, wenn der Arbeitgeber die Mehrarbeit verlangt oder wissentlich geduldet hat.

Anders sieht es bei Nachtarbeit aus. Hier schreibt auch das Gesetz vor, dass Arbeit zwischen 23 und 6 Uhr mit Zuschlägen vergütet werden muss.

Muss ich morgens um 8 Uhr pünktlich im Betrieb sein, wenn ich am Abend zuvor bis 22 Uhr gearbeitet habe?

Nein. Das Arbeitszeitgesetz schreibt vor, dass zwischen Ende und Beginn der Arbeit mindestens 11 Ruhestunden liegen müssen, damit Beschäftigte genügend Zeit haben, sich zu erholen.

Ich bin für meinen Arbeitgeber häufig auf Dienstreisen. Lläuft meine Arbeitszeituhr, wenn ich losfahre oder erst, wenn ich ankomme?

Ob Reisezeit auch Arbeitszeit ist, hängt davon ab, was in Betriebsvereinbarungen, Tarif- oder Arbeitsverträgen vereinbart wurde. Dienstlich veranlasste Fahrtzeiten zählen grundsätzlich als Arbeitszeit. Die Rechtsprechung ist allerdings der Ansicht, dass sie mit einem anderen Stundensatz vergütet werden kann als die reguläre Arbeitszeit. Wie bei Überstunden sind auch bei Reisezeiten Klauseln, die Reisezeiten pauschal mit der Monatsvergütung abgelen, unwirksam. Genauer regeln die Frage einige Tarifverträge, wenn sie an Arbeitstagen bis zu vier Stunden Reisezeit zusätzlich vergüten. Wo tarifliche oder betriebliche Regelungen nicht gelten und regelmäßig Dienstreisen anfallen, empfiehlt es sich, die Bezahlung der Reisezeiten im Arbeitsvertrag zu regeln.

Kann mein Arbeitgeber anordnen, dass ich Pause mache, wenn gerade nichts zu tun ist?

Pausenzeiten müssen im Voraus festgelegt werden, damit sich der Arbeitnehmer darauf einstellen kann. Der Betriebsrat ist hinsichtlich der Dauer und der Lage der Pausen zu beteiligen, wobei die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten sind. Ohne Pause durcharbeiten dürfen Beschäftigte nur, wenn ihr Arbeitstag nicht länger als 6 Stunden ist. Bei einem Arbeitstag, der länger als 6 Stunden dauert, schreibt der Gesetzgeber eine 30-minütige Pause vor, bei 9 Stunden sogar 45 Minuten. Pausen dürfen zwar in kleineren Häppchen genossen werden, allerdings nicht weniger als 15 Minuten.

Darf mein Chef mich aus der Pause rufen, wenn es dringend ist?

Auch hier gilt: Die Pause gehört dem Arbeitnehmer. In extremen Ausnahmesituationen kann es geboten sein, dass der Arbeitnehmer auf Weisung des Vorgesetzten die Pause unterbricht. Es müssen dann aber wirklich Aufgaben anstehen, die nicht noch 15 oder 30 Minuten warten können, weil sonst ein schwerer Schaden eintreten würde.



Bilden mit der Bildungsteilzeit

Weiterbildung

Weiterbilden oder studieren neben der Arbeit oder in Vollzeit – das geht. Mit der tariflichen Bildungsteilzeit der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie.

Mit der Bildungsteilzeit der IG Metall können Beschäftigte sich weiterbilden oder studieren. Der Tarifvertrag gibt ihnen bis zu sieben Jahre Zeit – entweder in Teilzeit neben der Arbeit oder in Vollzeit (verblockte Teilzeit), mit vollem Rückkehrrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz im Betrieb. Und zwar nicht nur, wenn der Arbeitgeber das will, sondern auch auf persönlichen Wunsch des Beschäftigten.

So steht es in den Tarifverträgen zur Bildung und Qualifizierung für die Metall- und Elektroindustrie. In anderen Branchen hat die IG Metall ähnliche Regelungen durchgesetzt, etwa in der Textilindustrie, den Textilen Dienstleistungen und in der Feinstblechpackungsindustrie, und zudem in vielen Betrieben.

Bildung besprechen Laut Tarifvertrag haben Beschäftigte einmal im Jahr das Recht auf ein Qualifizierungsgespräch mit ihrem Arbeitgeber, in dem sie ihre Weiterbildungswünsche äußern können. Zunächst solltet Ihr jedoch immer mit

Eurem Betriebsrat sprechen – und zum Qualifizierungsgespräch hinzuziehen.

Der Betriebsrat kennt die Qualifizierungsplanung im Betrieb und weiß, ob Eure Weiterbildung für den Betrieb sogar »notwendig« oder wenigstens »zweckmäßig« ist. Ist die Weiterbildung betrieblich notwendig, übernimmt der Arbeitgeber die Kosten und muss Euch für die Zeit der Weiterbildung freistellen. Ist die Weiterbildung zweckmäßig, muss der Arbeitgeber Euch zumindest die Hälfte der Zeit für die Weiterbildung freistellen. Wenn die Weiterbildung jedoch allein Euer persönlicher Wunsch ist, müsst Ihr Kosten und Zeit selbst aufbringen.

Bildung finanzieren Euer Betriebsrat kennt die Möglichkeiten, um Eure Weiterbildung umzusetzen und zu finanzieren. 70 bis 80 Prozent des normalen Verdiensts sind während der Bildungsteilzeit möglich.

Für Eure Bildungsteilzeit wird ein Bildungskonto eingerichtet, auf das Ihr bis zu 152 Stunden Mehrarbeit im Jahr sowie

Anzeige

In Urlaubsabenteuer eintauchen.

Reisen zum Entdecken & Erholen.

**6%
Mitglieder-
Rabatt***

Hotel in
Panoramalage



Italien – Golf von Neapel

Der Zauber der Amalfiküste.

- 8-tägig inkl. Flug
- 4-Sterne-Hotel Royal
- Inkl. Halbpension

ab **799 €**
pro Person im Doppelzimmer

REISEZEITRAUM: Mai – Okt. 2017
REISE-CODE: HI4001
KENNZIFFER: 122/365

5 Safaris
inklusive



Tansania & Sansibar

Beeindruckende Tierwelt und Traumstrände.

- 14-tägig inkl. Flug
- Mittelklassehotels/-lodges/
4-Sterne-Hotel inkl. Verpflegung

ab **2.899 €**
pro Person im Doppelzimmer

REISEZEITRAUM: Nov. 2017 – Apr. 2018
REISE-CODE: R2T002
KENNZIFFER: 122/365

Leihfahrrad
inklusive



Nord- oder Südholland

Mit Rad und Schiff die Niederlande erleben.

- 7 Nächte
- Mittelklasse-Schiff MS Angela Esmee/
MS Anna Maria Agnes inkl. VP an Bord

ab **529 €**
p. P. in der 2er Außenkabine Unterdeck

REISEZEITRAUM: Jun. – Okt. 2017
REISE-CODE: K84015/K84016
KENNZIFFER: 122/365

Veranstalter: Berge & Meer Touristik GmbH, Andréestraße 27, 56578 Rengsdorf, Email: info@berge-meer.de
Für alle Reisen gilt: Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung.*Auf alle Reiseangebote; anstatt aller anderen gewährten Rabatte.

berge & meer
Reisen. Für Entdecker.



igmetall.berge-meer.de

Tel. 0 26 34/962 62 08 täglich von 8–22 Uhr



Foto: Maryna Pleshkun/PantherMedia

Die tarifliche Bildungsteilzeit der IG Metall macht bis zu sieben Jahre Weiterbildung oder Studium möglich, in Teilzeit oder Vollzeit.

Weihnachts- und Urlaubsgeld ansparen könnt. Zudem gibt es in vielen Betrieben weitere Möglichkeiten, wie Langzeitkonten oder Sabbaticals. In vielen Tarifgebieten könnt Ihr sogar bis zu 10 Prozent Eures Bildungskontos als Kredit nehmen.

In einigen Betrieben gibt Euch der Arbeitgeber etwas zu Eurer Bildungsteilzeit dazu, wenn der Betriebsrat dies in einer Betriebsvereinbarung geregelt hat. Zudem fördert der Staat Weiterbildung und Studium mit BAföG, Aufstiegs-BAföG, Weiterbildungsprämie, WeGebau-Förderung, Bildungskredit und weiteren Programmen.

Bildungsvereinbarung Als Ergebnis Eures Qualifizierungsgesprächs schließt Ihr laut Tarifvertrag mit dem Arbeitgeber eine Bildungsvereinbarung. Darin sind die Eck-

punkte Eurer Bildungsteilzeit geregelt: Beginn, Dauer, Art und Umfang (etwa Teilzeit oder Vollzeit), Ansparen und Entnahme aus dem Bildungskonto und schließlich die Rückkehr auf einen zumindest gleichwertigen Arbeitsplatz im Betrieb.

Am Ende solltet Ihr Eure Bildungsvereinbarung dem Betriebsrat vorlegen. Er berät Euch zur Bildungsteilzeit, ebenso wie die IG Metall vor Ort.

Dirk.Erb@igmetall.de



Mehr Wissen

Mehr Informationen zur Bildungsteilzeit gibt es bei Eurem Betriebsrat, Eurer IG Metall vor Ort und auf unserer Webseite:

[igmetall.de/Bildungsteilzeit](https://www.igmetall.de/Bildungsteilzeit)

»Couch Potatos«, raus in die Welt!

Bildungsexperten empfehlen Auslandspraktika. Betriebe, Berufsschulen und andere bieten sie an.

»Sei kein Couch Potato« – mit diesem lockeren Spruch wendet sich eine Institution mit einem ganz uncoolen Namen, die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB), an Schulabgänger, Azubis und junge Fachkräfte, die noch keine Familie haben. Die aus den USA kommende Bezeichnung »Couch Potato« steht für Leute, die in ihrer Freizeit am liebsten zu Hause Junkfood mampfend und Bier trinkend im Sessel abhängen. Für sie wie für alle anderen jungen Leute, die gut leben wollen, gibt es eine Alternative, die mehr Nutzwert verspricht, findet das NA beim BIBB: ein Auslandspraktikum.

Ein solches Praktikum hat sowohl berufliche als auch private Vorzüge: neue berufliche Fähigkeiten und Fertigkeiten entwickeln,

Fremdsprachen besser beherrschen und lernen, mit Menschen aus anderen Kulturen zusammenzuarbeiten. Wissen erwerben, das im späteren Berufsleben sehr nützlich sein kann. Außerdem macht das Praktikum selbstständiger. Es stärkt das Selbstbewusstsein, bringt Erfahrungen fürs Leben, neue Kontakte und macht Spaß.

Tipps und Infos Das Förderprogramm der Europäischen Union Erasmus kann Auszubildende, Berufsschülerinnen und -schüler oder junge Fachkräfte, die gerade mit der Ausbildung fertig sind und ein Praktikum in einem europäischen Land machen, finanziell unterstützen. Ein Erklärvideo dazu gibt es hier:

[na-bibb.de](https://www.na-bibb.de)

→ Service → Mediathek

Und weitere Informationen unter:

[mach-mehr-aus-deiner-ausbildung.de](https://www.mach-mehr-aus-deiner-ausbildung.de)

Meist organisieren die Betriebe oder Berufsschulen Auslandsaufenthalte – für die eigenen Azubis. Es gibt aber Bildungseinrichtungen, die Praktika auch für andere Interessierte anbieten. Welche das sind, ist auch im Portal »Mach mehr aus deiner Ausbildung« zu erfahren. Dort kann man eingeben, in welchem Beruf, Land und wie lange man ins Ausland will, und erhält eine Liste der Institutionen, die etwas Passendes anbieten. Wen es weiter in die Welt hinaus zieht, zum Beispiel nach China, für den gibt es Tipps rund um Themen wie Versicherungen, Finanzierung und Sprachvorbereitung bei:

[go-ibs.de](https://www.go-ibs.de)

Kontakt bei der NA beim BIBB:

[0228-1071608](tel:0228-1071608)

Fit machen für die Digitalisierung

Ob Mechatroniker oder Produktionstechnologe: Azubis werden in der Ausbildung schon jetzt gut auf die Veränderungen vorbereitet, die im Zuge der Digitalisierung auf sie zukommen. So das Ergebnis einer Untersuchung von IG Metall und Arbeitgeberverbänden. Aber es wird noch besser: Die Lehrpläne werden erweitert, zum Beispiel um das Thema Datensicherheit.

[igmetall.de](https://www.igmetall.de) → Jugend



Foto: auremar/PantherMedia

Azubis lernen in der Ausbildung, Informationen digital speichern und verarbeiten zu können.



Die Preise im Mai

Erster Preis:
ein IG Metall-Fußball

Zweiter Preis:
ein Lanybook inkl. Faber-Castell-Stift

Dritter Preis:
ein IG Metall-Thermobecher



Rätsel

Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der metallzeitung findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.



Einsenden*

Bitte die Lösung bis **24. Mai 2017** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an:

► raetsel@igmetall.de

* Maschinell erstellte Lösungszuschriften sind von der Teilnahme ausgeschlossen.



› ANGEBOTE FÜR MITGLIEDER



Reisen, Vorsorge und Bildung: Tolle Angebote für Mitglieder bietet die Servicegesellschaft der IG Metall.

► igmservice.de

› BILDUNG IM INTERNET



Hier findet Ihr das Bildungsprogramm der IG Metall und einen Ratgeber zum Bildungsurlaub:

► igmetall.de/bildung

› DEINE GESCHÄFTSSTELLE



Hier findest Du Deine IG Metall-Geschäftsstelle:

► igmetall.de/vor-ort

› HIER WIRST DU MITGLIED



Hier kannst Du Mitglied werden:

► igmetall.de/beitreten

› LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Freitag:
9 bis 16 Uhr (gebührenfrei)

Fax: 069 66 93-20 02

► metallzeitung@igmetall.de

› LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

› IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chefredakteurin:

Susanne Rohmund
(verantwortl. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst:

Fabienne Melzer

Redaktion:

Jan Chaberny,
Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan

Gestaltung:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

► igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als
Word- oder PDF-Datei:

► metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24

Fax: 069 66 93-25 38

► vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus
Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt

► info@zweiplus.de

Druck und Versand:

apm AG, Darmstadt



Papier:

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.